

Morgen-Ausgabe

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplan 15195-97
Expedition Moritzplan 11753-51

Sonnabend, den 18. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplan 11753-54

Begen den Moskauer Tendenzprozeß.

Paris, 17. März. (Eig. Drahtbericht.) Der große
Dichter Anatole France, der sich seinerzeit in einem kaum
verständlichen Mißverständnis der kommunistischen Partei
angegeschlossen hatte, übermittelte der Sowjetregierung folgenden
Funkspruch:

Im Namen der Menschlichkeit, im Namen der höheren
Interessen des Weltproletariats bitte ich Sie, gegen politische
Gegner keine Handlungen zu begehen, die als Rache ausgelegt
werden könnten, denn Sie würden damit der großen Sache
der Befreiung der Arbeiter der Welt unheilbaren Schaden zu-
fügen.

Die bevorstehende Aburteilung der 47 Sozialrevolutio-
näre durch ein von der Sowjetregierung eingeleitetes Gericht
hat in fast allen Ländern Europas einen Sturm der Empö-
rung hervorgerufen. Gleich der Exekutive und den Parteien
der Zweiten Internationale protestiert auch der Vollzugsaus-
schuß der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei gegen
den Prozeß wie gegen die Inhaftierung der Beschuldigten
und verlangt die Aufschubung des Prozesses bis zur Konferenz
der drei Internationalen in Berlin. Das Zentralkomitee der
Sozialdemokratischen Partei Dettlands richtete an die
Sowjetregierung folgenden Telegramm:

Auf Grund der Resolution unserer Landeskonferenz unterstützt
das Zentralkomitee und die Parlamentsfraktion einmütig die For-
derung der Sozialrevolutionären Partei, die Angelegenheit Goh und
Genossen einer internationalen Untersuchungskom-
mission zu übergeben.

Werden die Vorkredner von der Einheitsfront auf die
Stimmen des europäischen Proletariats hören?

Aus Berlin ging gestern das folgende Telegramm ab:
An den Rat der Volkskommissare
zu Händen des Vorsitzenden Genossen Lenin

Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung und das
Erklaten des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erheben
Proteste gegen die durch Pressenachrichten bekannt gewordene Ab-
sicht, Mitglieder der Sozialrevolutionären Partei auf Grund von
Denunziationen vom Obersten Tribunal aburteilen zu lassen.

Die Sowjetbehörden sollten sich bewußt sein, daß ein solcher
von einer Arbeiterregierung ausgeübter Akt der Rachejustiz
von der Arbeiterchaft der ganzen Welt, die nach internationaler
Einklang und Verständigung ruft, nicht verstanden würde.

Im Namen der Menschlichkeit fordern wir das Leben
und die Freiheit von Männern, die schon unter dem zaristischen
Regime ihre besten Kräfte für die Interessen der Arbeiter und den
Sozialismus eingesetzt haben.

Der entlarvte Mittelsmann.

Paris, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Zu den Behaup-
tungen des „Vorwärts“ bezüglich der Person Paul Couls, des
Mittelsmanns zwischen Rabel-Cashin und Poincaré-Müllerand, deren
Richtigkeit die „Rote Fahne“ bestritten hat, wird von hiesiger füh-
render Stelle der Arbeiterbewegung folgendermaßen Stellung ge-
nommen:

Es ist durchaus richtig, daß der jetzige Auslandsredakteur
der kommunistischen „Humanité“ Paul Couls identisch ist mit dem
Paul Couls, der während des Krieges Leiter der Auslands-
politik des „Petit Parisien“ war. Paul Couls, dessen wirt-
schaftlicher Name Paul Couy lautet, war der Intimus und Vertrauens-
mann des Senators und früheren Ministers Jean Dupuy, der
Eigentümer des „Petit Parisien“ war. Dupuy, der inzwischen ver-
storben ist, hatte Couls während des Krieges außerdem beauftragt,
die „editoriaux“ seines Blattes (d. h. die täglich erscheinenden
kurzen politischen Leitartikel, D. Red.) zu verfassen. Zu dieser Zeit
unterhielt Paul Couls tatsächl. sehr rege Beziehungen zu m
Quai d'Orsay (dem französischen Auswärtigen Amt, D. Red.)
und war ganz besonders befreundet mit dem Generalsekretär des
Amtes Philippe Berthelot, der kürzlich in den Skandal der
vertrauten Chinabank verwickelt und gestern für die Dauer von zehn
Jahren vom Amte suspendiert wurde. Vor einiger Zeit hatte jedoch
die kommunistische Partei Paul Couls veranlaßt, den „Petit Parisien“
zu verlassen, um sich ausschließlich der Auslandsredaktion der
„Humanité“ zu widmen.

Unser Pariser Drahtbericht befaßt also nicht nur die
von uns angeführten wesentlichsten Tatsachen über die
Doppelgänger des Redakteurs der „Humanité“ und
Mitarbeiters der „Roten Fahne“, sondern enthält sogar einige
weitere Angaben, die auch uns neu sind: Die freundschaftlichen
Beziehungen zwischen diesem „Kommunisten“ und Philippe
Berthelot entbehren nicht eines gewissen Reizes, wenn man
bedenkt, daß letzterer gerade von den Freunden der „Humanité“
stets als der hauptverantwortliche französische Diplomat am
Kriegsausbruch und als Fälscher des französischen Gelbbuches
bezeichnet wurde. Berthelot, der auch einen Hauptanteil am
Vernichtungswerk von Versailles trägt, war in den Jahren
1919 und 1920 mit Pölselogue die Seele der auf die Zerstückel-
ung des Deutschen Reiches gerichteten rheinisch-bayerischen
Politik des Quai d'Orsay.

Französische Gewerkschaftler in Deutschland.

Paris, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Heute abend hat
eine Delegation von Führern des französischen Bauarbei-
terverbandes Paris verlassen, die sich nach Deutschland zu
Studienzwecken begibt, und zwar das Werk der sozialen Baube-
treiber näher kennenlernen will. Dieser Delegation hat sich der
Generalsekretär des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes,
Jouhaug, angeschlossen. Es soll ferner das mit den deutschen Ge-
werkschaften in Frankfurt a. M. zur Jahreswende abgeschlossene Ab-
kommen für die Wiederherstellungsarbeiten Nordfrank-
reichs ausgehandelt werden. Die Delegation begibt sich vorerst nach
Köln, wo sie am Sonabend eintreffen wird, von dort nach Essen,
Dortmund, Magdeburg und Berlin.

Warum alles täglich steigt.

Die morgen fällige achte Zehntagezahlung von 31 Millionen
Goldmark an die Reparationskommission ist bereits geleistet
worden. Der Gesamtbetrag dieser bisher geleisteten Zahlungen
beträgt sich auf 248 Millionen Goldmark.

In der Vorstandssitzung der Zentralen für Genua wird außer den
skandinavischen Staaten auch die Schweiz, Spanien und Holland
teilnehmen.

Die erste Tagung der internationalen Sachverständigen ist auf
Montag 11 1/2 Uhr im Londoner Handelsministerium festgesetzt.
Poincarés Weisungen für die französischen Sachverständigen ent-
sprechen inhaltlich dem Memorandum, das Poincaré Anfang Fe-
bruar der englischen Regierung in der Frage der Konferenz von
Genua übermitteln hat.

Französisch-deutsches Sachleistungsabkommen.

Folgende amtliche Mitteilung wurde in Paris ausgegeben: Das
Abkommen von Wiesbaden hatte neben gewissen finanziellen Vor-
teilen die Unzuträglichkeit im Gefolge, daß die französischen
Geschädigten gezwungen waren, ihre Aufträge durch Vermittlung
staatlicher Organisationen weiterzuleiten, so daß der französische
Geschädigte nicht wußte, welcher Fabrikant seine Aufträge ausführte.
Ferner wurden die Preise ohne Zutun der Franzosen nach einer
sehr verwickelten Formel berechnet. Seitdem jedoch die fran-
zösische Regierung ihr Amt angetreten hat, bekennt sie den
lebhaftesten Wunsch, endlich das System der Sachleistungen ver-
wirrtlich zu sehen. Das Abkommen, das Bemelmann am
27. Februar unterzeichnete, gewährte den Alliierten die Möglich-
keit, sich direkt mit ihren Aufträgen an die deutschen Fabrikanten zu
wenden. Frankreich war von diesem Abkommen formell ausge-
schlossen worden. Deshalb entschloß sich die französische Re-
gierung, ebenfalls mit der deutschen Regierung in direkte Ver-
handlungen einzutreten, um auch der Vorteile des von Bemelmann
abgeschlossenen Abkommens teilhaftig zu werden. In den Ver-
handlungen, die von dem Kontrolleur im Ministerium für die be-
freiten Gebiete, Gillet, geführt wurden, kam ein Abkommen zu-
stande, das Frankreich die Vorteile des Wiesbadener Abkommens
läßt und ihm gleichzeitig die Vorteile des Bemelmann-Abkommens
gewährt. Die Aufträge können in Zukunft den deutschen Fabri-
kanten direkt übermittelt und die Preise zwischen Käufer und Ver-
käufer direkt vereinbart werden.

Jules Cambon tritt als Vorsitzender der Vorkonferenz
zurück.

Italien / Fiume / Südslawien.

In der italienischen Kammer sprach Außenminister Scazzer
über Fiume, dessen volle Unabhängigkeit Italien und
Südslawien im Vertrag von Rapallo anerkannt haben. An diesem
Vertrag müsse Italien unbedingt festhalten und deswegen könne
es die Pionier-Regierung nicht anerkennen und habe einen
Verständigungslinien hingelockt. Die Faltung der italienischen
Schiffabteilungen vor Fiume sei korrekt gewesen, aber es müsse
aufgeklärt werden, ob nicht Anordnungen unterlassen worden
seien, die die Vorfälle hätten verhindern können. Fiume werde
geduldet, wenn seine Zukunft durch Abkommen mit Südslawien
gesichert werde.

Neuer Putsch.

Calbach, 17. März. (WZ.) Nach heute eingetroffenen Be-
richten hat Deutnant Cabrana im Verein mit den Faschisten und
den Anhängern d'Annunzio die Miltärdiktatur in Fiume ausge-
übt. Cabrana beabsichtigt, die Mitglieder der früheren Kon-
stitution zu zwingen, eine neue einzuberufen, in der die neue
Regierung gewählt werden soll.

Italienisch-griechischer Zwischenfall.

Griechische Kriegsschiffe haben im westlichen Mittelmeer zwei
italienische Handelsschiffe angehalten, durchsucht und eins davon
nach dem Pirat gebracht, weil es angeblich Kriegsmaterial
für die Kemalisten an Bord hatte. Die italienische Regierung erhob
in Athen Protest und forderte Genugthuung.

Das englische Oberhaus hat in zweiter Lesung das Irlandgesetz
angenommen.

Das Vermächtnis der Märztofen.

Auf den Gräbern im Friedhof der Märzgefallenen liegt
wieder die Sonne jener Tage, in denen sie ihr Leben hingaben
für die Idee eines neuen Deutschland, das sie
mit ihrer Seele schauten. Ueber ihren Hügel triumphierte die
preussische Reaktion und schuf das andere Deutschland, das zu
vermeiden sie ihr Leben hingaben, jenes andere Deutschland,
das erst im strömenden Blut der Enkel jener Märzkämpfer
unterging. Wäre es den Männern gelungen, die damals die
schwarzrotgoldenen Farben erhoben, Deutschland unter dieser
Fahne zu vereinen, es ist gewiß, daß heute nicht ein starkes und
junges Volk, verschüttet unter den Trümmern der Blut- und
Eisenpolitik, um die Gnade der Welt zu flehen brauchte.

Der Weg der Hohenzollern führte in den Abgrund, weil er
zu einer Politik ging, welche von den Ideenträgern der
Märzkämpfe verabscheut wurde. Die Staaten, deren gesell-
schaftliche und politische Struktur den Charakter erfolgreicher
bürgerlicher Umwälzungen trugen, blieben im
Weltkampfe die Stärkeren — ein Staat, den ein mittelalter-
liches Geschlecht und eine zum Untergang verurteilte Rasse
beherrschten, konnte vor dem Weltgericht nicht bestehen. Der Trost,
daß diese dunkle Zeit deutscher Geschichte, daß der bismarckisch-
hohenzollernsche Militär- und Polizeistaat ein für allemal über-
wunden ist, kann leider nicht über die Tatsache hinwegtäuschen,
daß noch Generationen unter dieser furchtbaren Operation zu
leiden haben werden.

Sehen wir ein, daß die Fortsetzung der deutschen Politik
nicht da wieder anknüpfen darf, wo sie in den tragischen No-
vembertagen abriß, sondern am Ende der ersten Hälfte des
vorigen Jahrhunderts, so fühlen wir, wie unmittelbar nahe
uns jene Zeit wieder gekommen ist. Die Sturmlieder der
Herwegh und Freiligrath sind die Wiegenlieder der
jungen deutschen Republik von 1918, ihr Geist muß der der
Begenwart sein und werden. Es wird oft und mit Recht emp-
funden, wie wenig der Geist der heutigen Zeit an Schwung
und Flamme den Vergleich mit dem der 48er Märztag aus-
hält. Aber wir dürfen nicht vergessen, wie schwer es für irre-
gegangene Generationen ist, ihre Tragik einzusehen; wir
dürfen auch nicht vergessen, wie müde uns der lange Krieg ge-
macht hat und wie zerschlagen wir sind. Wir müssen auch
dafür noch denken, wie stark das wilhelminische Element noch
in vielen Schichten unseres Volkes ist, am stärksten vielleicht
in solchen, die es am wenigsten wahr haben wollen. Man soll
sich nur das Verhalten der Kommunisten in den
letzten Jahren unter diesem Gesichtspunkte vor Augen führen.
Wie sehr ist ihre Phrasologie und Ideologie gleich vom
Fleische der preussischen Gewaltidee, wie wenig unterscheiden
sich ihre Gedankenbahnen von der eines Bismarck, außer im
Format natürlich! Diese Welt von Waffengläubigkeit in dem
Augenblick aufzurichten zu wollen, wo sie ihren Bankrott er-
lebt, das war dümmere als was je ein Hohenzollerngehirn er-
dacht hat; das hat sich an dem Teile der Arbeiterchaft, der
diesem Wahn verfiel, furchtbar gerächt.

Aber es hieße die zukunftsweisende Denkkraft der schwarz-
rotgoldenen Rebellen mißverstehen, wenn das Befremden zu
ihrem Geiste als Rückkehr zu deren zeitlicher Bedingtheit auf-
gefaßt würde. Die Welt ist gründlich anders geworden, viel
gründlicher, als es sonst halbe Jahrhunderte zuwege bringen.
Die proletarischen Strahenkämpfer von 1848 meinten nicht den
großbürgerlichen Kapitalstaat, auf den es das kampflasse
Bürgertum abgesehen hatte, das sich später der Militärgewalt
verbündete, sie meinten den sozialen Arbeitsstaat, der
mit der Welt in Frieden lebt und dem letzten Volksgenossen
das Recht auf den Ertrag seiner ehrlichen Arbeit schenkt
und sichert. Sie hatten nichts gemein mit jener Demokratie,
die den Profit meint, wenn sie Freiheit sagt und heute noch
nicht weiß, ob sie schwarzweißrot oder schwarzrotgoldene ist.
Die Demokratie hat ihren tiefen und wahren Sinn erst nach
zu erobert; von anderen als Kulis mißbraucht, gelangt sie
erst als Sozialdemokratie zu ihrem eigentlichen Wesen
und zu ihrer Verwirklichung. Diese Sozialdemokratie aber ist
heute noch und heute erst recht wieder der einzige kampffähige
Gegner des kapitalistischen Systems. Und wenn die Hysterie-
erscheinung des Klassenkampfes, der Kommunismus, noch
gründlicher abgewirksamet haben wird als heute, wird diese
Berufung der Sozialdemokratie noch stärker und vollendet klar
in Erscheinung treten. Scheinbar nur sind Kommunisten und
Rechtsputschisten die Exponenten zweier Lager; sie sind beide
nur Rudimente sich überwindender Kleinbürgerlicher unproletarischer
Geistesverfassungen. Wie K u h l a n d, das die Kom-
munisten zum Einfallort des Weltkapitals gemacht haben, seine
wirklichen Klassenkämpfe noch vor sich hat, so stehen sich in
Deutschland das Großkapital und die Sozialdemokratie als
ernsthafter Feinde gegenüber denn Thalheimer und Krüppel-
Kunze. Die Kämpfe werden zwar nicht den Charakter des
früh-frühlichen Bürgerkriegs tragen, wie die Borrisaden-
romantiker glauben, deren Zeit ebenso sicher vorbei ist wie die
der Leute, die einen modernen Bürgerkrieg für einen schneidi-
gen Husarenritt gehalten hatten, aber sie sei den an die Zähig-
keit und Tapferkeit, an Heldentum und Ueberzeugungstreue der
sie durchkämpfenden Klasse nicht weniger Anforderungen stellen
als an die Revolutionäre vergangener Epochen. Daß die
Zeiten nüchternere geworden sind, untheatralischer, darf uns

nicht zu dem Trugschluß verleiten, daß sie weniger ernsthaft seien und weniger Opfermut verlangten. Im Gegenteil: im Kampf, in revolutionärer Ertase, auf der Barrikade läßt sie sich leichter als durch Jahre und Jahrzehnte hindurch den Schützengrabentrieb der ökonomischen und politischen Machtgewinnung seiner Klasse zu führen.

Wegen die pseudorevolutionären Literaten über den nächsten Proletarier, der im Betriebsrat oder im Wahlkampf, als Parteifunktionär oder in der Fabrikpflege auf seinem Posten steht, ohne müde zu werden, die an den eigenen rhetorischen Wehrauch gewöhnte Nase rümpfen, mag der bürgerliche Scheindemokrat in ängstlichen Augenblicken oder bei feierlichen Gelegenheiten mit der Berufung auf die Heiden der Märztage seine steife Hemdbrust beklopfen — der sozialdemokratische Arbeiter ist der Nachfahre und Sinnvollender, ist der Testamentsvollstrecker, ist Blut vom Blute jener Toten, die in ihren Gräbern warten, daß der Traum ihres Lebens Wirklichkeit werde: ein freies Volk in freier Welt!

Obstruktion gegen die Finanzreform.

Im Reichstag haben gestern die Kommunisten ihren Versuch fortgesetzt, die rechtzeitige Fertigstellung der Finanzgesetze durch Obstruktion zu verhindern. Es ist ihnen diesmal aber nur gelungen, eine Stunde Zeit zu verströhlen, indem sie die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifeln, die sich jedoch bei dem folgenden Namensaufruf als vorhanden herausstellte. Ein Antrag auf Vertagung wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt, so daß nach Becker-Hessen (D. Sp.), Herold (Ztr.) und heute (USP.) auch noch der Demokrat Fischer-Köln und nochmals der Minister Dr. Hermes zum Wort gelangen konnte.

Befremdend muß es wirken, daß auch die Unabhängigen für den Vertagungsantrag und damit für den Verschleppungsversuch der Kommunisten stimmten. Die Unabhängigen haben ein Recht, an den Vorlagen sachliche Kritik zu üben, sie mühten sich aber auch dessen bewußt bleiben, daß die rechtzeitige Verabschiedung der Finanzreform ein Hauptstück der von ihnen stets verkündeten „Erfüllungspolitik“ bildet und daß ihr Scheitern den Zusammenbruch dieser Politik bedeuten würde. Die Sozialdemokratische Partei ist sich dieses außenpolitischen Zusammenhangs der Dinge bewußt und wird darum in ihrem Handeln die entsprechenden Folgerungen ziehen.

Sollten die Obstruktionsversuche fortgesetzt werden, so wird die Mehrheit des Reichstags ihr Recht, den politischen Notwendigkeiten Genüge zu tun, zu wahren wissen. Dazu ist allerdings ein dauernder Bereitschaftszustand notwendig, der in den letzten Tagen im Reichstag noch nicht vorhanden war und der schleunigst hergestellt werden muß.

KPD.-Moral im Reichstag.

In eine überaus peinliche Affäre ist, wie der „Soz. Parlamentsdienst“ mitteilt, der kommunistische Reichstagsabgeordnete Barz verwickelt. Bekanntlich werden den Reichstagsabgeordneten Diäten gezahlt, die im Falle ihrer Nichtteilnahme an einzelnen Sitzungen um einen entsprechenden Betrag gekürzt werden. Als Unterlage der Berechnung dienen Listen, in denen die Abgeordneten durch persönliche Unterschrift ihre Anwesenheit im Hause zu erweisen haben. Bei Beginn der Sitzung am Donnerstag begnügte sich nun Herr Barz nicht damit, sich selber in die Liste einzutragen, sondern nach gestemtem Werk schlich er sich noch einmal heran, um auch den Namen seines Freundes, des abwesenden kommunistischen Abgeordneten Fries einzuzichnen. Der Vorgang wurde bemerkt und die gekürzte Unterschrift gestrichen.

Der Fall wurde im Reichstag lebhaft besprochen und gab zu wenig respektvollen Bemerkungen über eine solche Sorte von „Arbeitervertretern“ Anlaß.

Die „Kreuzzeitung“ bei Horthy.

Der deutsche Unterrian von dazumal findet im gegenwärtigen Deutschland keine Objekte seiner lokalen Bewunderung, er ist daher genötigt, seinen Gefühlsbedarf im Export zu befriedigen. Aber auch das hält schwer, da es in dieser demokratischen Welt nur noch „Schattentönige“ gibt, die obendrein im Kriege gegen Deutschland gestanden haben. So ist die „Kreuzzeitung“ auf den Gedanken gekommen, den Herrn des weißen Schreckens von Ungarn, den Reichsverweser Horthy, interviewen zu lassen, und es ist nicht uninteressant zu lesen, wie ihr Budapest-Mitarbeiter, ein Herr G. Artur Schünemann, sich dieses Auftrags entledigt hat. Herr Schünemann schreibt:

Mit einer nicht zu leugnenden gewissen Befangenheit beirat ich die prächtigste königliche Hofburg in Ofen, wo Herr v. Horthy mit seiner Familie bescheidener Weise nur die sogenannten Fremden-Appartements bewohnt. Nach kurzem Worten führte mich der diensttuende Flügeladjutant in das Arbeitskabinett. Herr v. Horthy erhob sich vom Schreibtisch, reichlich huldvoll in die Hand und lud mich ein, in dem Fauteuil neben dem Schreibtisch zu einer „Aubade“ Platz zu nehmen. So leutselig, ja, wenn ich sagen darf, so gemütlich mußte der Repräsentant der königlichen Macht Ungarns diese Unterredung zu gestalten, daß ich von der ersten Minute an von der herzoglichmündigen Liebenswürdigkeit Nikolaus v. Horthys überzeugt und begeistert war. Daß der Herr Admiral — Herr v. Horthy trägt immer diese so reizvolle Uniform — wirklich kein Streber nach der Macht ist, bezeugte mir auch seine Ausrufung, daß er sich nur gezwungen, aus heiserer Liebe zu seinem Vaterlande, hier auf diesem Posten befinde und sich oft nach seinem früheren Seberufe zurücksehne.

Es ist wahrlich ein Glück, daß noch nicht die ganze Welt von Sattlergefilen regiert wird, sondern daß es noch Gipfel gibt, zu denen man begeistert und alleruntertänigst emporblicken kann!

Die „Bespiegelung“ Bayerns.

Eine Ministererklärung im bayerischen Hauptauschuß.

München, 17. März. (M.B.) Der Minister des Innern Dr. Schwayer gab am Freitag im Staatshaushaltsauschuß des Landtages außerhalb der Tagesordnung über die Zeitungsmeldungen, betreffend eine angebliche Bespiegelung Bayerns und seine darauf bezüglichen Verhandlungen in Berlin eine längere Erklärung ab, in der er feststellte, daß die in Berlin geführte Aussprache folgendes Ergebnis gezeitigt habe:

Es sei festgestellt worden, daß die Reichsregierung an den Staatsanwaltschaften in Offenburger keinerlei Weisung erteilen lassen, ferner sei festgestellt worden, daß Staatskommissar Dr. Weismann zwar einen Bericht an die Offenburger Staatsanwaltschaft gegeben habe, daß er den Bericht aber nicht vom Verfasser, sondern vom Redakteur des „Vorwärts“ Ruttner bekommen habe, der sich bezüglich der Herkunft des Berichtes an das Redaktionsgeheimnis gebunden erklärte. Redakteur Ruttner habe sich selbst an Dr. Weismann gewandt und diesem mitgeteilt, es sei bei ihm Material über die Organisation C. eingelaufen. Auf Ersuchen Dr. Weismanns habe Ruttner diesem das Material überlassen mit der Bitte, es zu prüfen. Dr. Weismann habe es aber ohne eigene Prüfung am 16. Februar der Offenburger Staatsanwaltschaft übermitteln. Die Offenburger Staatsanwaltschaft habe aber dem Dr. Weismann zurückgeschrieben, daß sie das Material als wertlos erachte. Es habe sich also der Beweis einer von Staatskommissar Dr. Weismann oder einer anderen Berliner Stelle organisierten Bespiegelung Bayerns nicht erbringen lassen, aber es stehe andererseits fest, daß in Bayern tatsächlich politische Beobachter da und dort ihr Unwesen trieben, und daß ihre falschen und einseitigen Berichte den Weg nach Berlin zu finden wählten. Es gehe aber nicht an, daß derartige in Berlin einlaufendes Material dort bearbeitet und verwertet werde, ohne daß man die zuständigen bayerischen Stellen überhaupt höre. Er habe über diese seine Auffassung

auch in Berlin keinen Zweifel gelassen, und dieser Standpunkt sei auch von den Vertretern der Reichsregierung anerkannt worden. Bayern werde kein Mittel unversucht lassen, um dem unwürdigen Denunziantentum auf den Leib zu rücken. Ein für Reich und Staat gleich ersprießliches Zusammenarbeiten sei nur möglich, wenn beiderseits alles vermieden werde, was als Mißtrauen des einen gegen den anderen gedeutet werden könne. Die Reichsregierung lege großen Wert auf ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit den Ländern, auch mit Bayern, und die bayerische Regierung teile diesen Standpunkt und sei ihrerseits ernstlich bemüht, wieder eine Atmosphäre vollen gegenseitigen Vertrauens zu schaffen.

Da die Redaktion des „Vorwärts“ durch die Erklärung des bayerischen Innenministers in die Angelegenheit hineingezogen wurde, wollen wir den Tatbestand kurz feststellen:

Es ist richtig, daß der „Vorwärts“-Redaktion von einer anscheinend wohlunterrichteter Seite verschiedenes Material über die Organisation C. (jene Ehrhardt-Organisation, aus der bekanntlich die Erzberger-Mörder hervorgegangen sind) überreicht wurde. Eine Möglichkeit, die Authentizität aller der darin enthaltenen Angaben nachzuprüfen, war von hier aus nicht vorhanden, andererseits wollten wir nicht durch eine Veröffentlichung den belästigten Personen ein Entkommen erleichtern, es lag uns vor allem natürlich an ihrer Unschädlichmachung. Deshalb wandte sich unser Redakteur an den Staatskommissar mit dem Ersuchen um Begutachtung und Verwertung des Materials. Eine Namensnennung des Verfassers kam unsererseits selbstverständlich nicht in Frage, und zwar nicht allein aus den allgemeinen Gründen des Redaktionsgeheimnisses, sondern auch, weil bekanntlich bei der Ehrhardt-Organisation eine geheime Fehmel besteht, durch die „Verräter“ umgebracht werden. Das Staatskommissariat bezeugte einen Teil der Angaben des ihm überreichten Materials sofort als unrichtig, einen anderen Teil als richtig, jedoch bereits bekannt, einen weiteren Teil als wahrscheinlich richtig, doch sollte diese Richtigkeit von den zuständigen Behörden noch nachgeprüft werden. Das Material bezog sich übrigens nicht nur auf Bayern, sondern auf verschiedene Länder und Provinzen. Ein Bescheid, wonach es „wertlos“ sei, ist uns niemals zugegangen.

Monarchistisches Ohnmachtsgeständnis.

Hamburg, den 17. März. (Eig. Drahtber.) Trotz der deutsch-nationalen Agitation zur Reichspräsidentenwahl scheint man in den deutsch-nationalen Kreisen doch nicht sehr zuversichtlich zu sein. In der am Freitag erschienenen Zeitschrift „Hamburger Worte“ finden wir folgende Auslassung ihres Herausgebers, der als Referent und Agitator für beide Rechtsparteien in Hamburg tätig ist und zweifellos im Namen weiter Kreise für diese Parteien spricht. Es heißt so: „Wir Monarchisten haben die Pflicht, offen auszusprechen, daß ein Präsident, wie wir ihn wollen, lediglich der Blahhaller des Kaisers sein soll. Da hierfür wenig Begeisterung hervorgerufen sein wird, haben wir mit dem Posten des Reichspräsidenten gar nichts zu tun. Es ist weder unsere Aufgabe, noch unser würdig, uns als Monarchisten an der Wahl des Reichspräsidenten zu beteiligen, vielleicht sogar einen der Unserigen für diesen Posten in Aussicht zu nehmen. Darum kann, wenn wirklich ein Tag für die Neuwahl des Reichspräsidenten ausgeschrieben werden sollte, die Parole für uns Monarchisten nur lauten: „Stimmhaltung“.“

Es ist anzunehmen, daß dem Fuchs in der „Hamburger Worte“ die Trauben der Reichspräsidentenwahl zu sauer sind. Es handelt sich um ein regelrechtes Rückzugsgeländnis der unentwegten Monarchisten.

Im mitteldeutschen Bergbau ist eine Einigung erfolgt. Der Tarif vom April 1920 läuft mit den Änderungen vom Januar bis 15. Mai 1922 weiter. Eine paritätische Arbeitsvermittlung wird errichtet.

Märzfeier.

Im Märzlicht werden die Säfte toll,
Im Märzwind singen die Fahnen
von einer Welt, die werden soll
und die sie tausend ahnen.

Rebellengräber springen auf
und zeigen ihre Toten,
die einst in dunkler Lage Lauf
wie Götterfackeln lohten.

Zum Himmel greift der junge Baum
mit schwebenden Beherden.
Der Mensch läßt nicht von seinem Traum,
das Volk will Frühling werden.

Die Sonne steigt. Die Flamme weht.
Die sieben Himmel blauem,
Die alle Erde ist ein Sebel,
den neuen Gott zu schauen.

Den Gott, der keine Opfer will
und keine Priester sendet,
nur, wahrhaft göttlich, groß und still
im Menschen sich vollendet.

Artur Zidler.

Berliner Märzstätten.

Erinnerungen an 1848.

Am 18. März wandern die Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen hinaus nach dem Friedrichshain, um die Gräber der Märzgefallenen von 1848 zu besuchen und zu bekränzen. Sie sind eine Stätte der Weisheit, betrachten wir doch den 18. März 1848 als den Geburtstag der deutschen Arbeiterbewegung, die dabei gleichzeitig die Feuerstätte empfangen hat. Lieb ist uns, daß dieser Friedhof im ganzen sein altes Aussehen bewahrt hat, während sonst die Gegenden, wo die Revolution von 1848 sich abgepielt hat, große Veränderungen erfahren haben. Die meisten Häuser und sonstigen Bauwerke sind damals zerstört worden. Aber die Stätten, wo sie gestanden haben, besitzen für uns noch ihre alte Bedeutung, und an der Hand solcher Denkmäler wollen wir die Ereignisse jener Tage verfolgen.

Berlin war 1848 eine Stadt von ungefähr 400.000 Einwohnern, hatte daher nicht annähernd den Umfang von heute, war somit auch weit mehr zentralisiert. Die Linden und der Tiergarten bildeten weit mehr als jetzt den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens, und das zeigte sich denn auch, als die Nachricht von der Pariser Februarrevolution eintraf und in ganz Deutschland eine große Bewegung hervorrief. In den Zelten des Tiergartens, die damals ein noch viel populärerer Beranlagungslokal waren als heute, bewegte sich die Menge bei Biermusik in lebhaften

politischen Gesprächen, die schon häufig parlamentarische Formen annahmen. Vom 6. März an waren hier richtige Volksversammlungen im Gange. Es war die bürgerliche Demokratie, die Verfassung, Pressefreiheit und deutsche Einheit forderte. Doch es regte sich auch in der Arbeiterstadt, die gerade damals vielfach unter der Not der Zeit zu leiden hatte, und das Verlangen nach Errichtung eines Arbeitsministeriums und sonstigen Schritten zur Abhilfe gab sich kund. Die Tagesfragen beschäftigten aufs gründlichste die Stadtverordnetenversammlung, welche im Köllnischen Rathaus am südlichen Ende der Breiten Straße ihre Sitzungen abhielt.

Gegenüber den berechtigten Wünschen des Volkes waren König und Hof eingeschlossen, am alten Absolutismus festzuhalten. Das königliche Schloß an der Spree, wo Friedrich Wilhelm residierte, war Sitz solcher volksfeindlichen Bestrebungen. Auf sie eingeschult war das Militär, und besonders das Erste Garderegiment galt für die Kerntruppe der Reaktion. Die Nachricht von dem glücklichen Ausgange der Revolution in Wien steigerte die Erregung. Die feindliche Haltung der Soldaten gegen das Volk sowie auch Ausschreitungen einzelner Volksteile, wie sie u. a. von nächtlichen Schusterzügen ausgingen, führten zu Reibereien und bald auch zu ernstlichen Zusammenstößen, deren Haupt Schauplätze die Linden und das Brandenburger Tor waren. Schon am 15. März gab es drohende Anzeichen und Kämpfe zum Barrikadenbau, tags darauf am Opernplatz einen blutigen Zusammenstoß zwischen Militär und Volk. Mehrere Menschen wurden getötet und viele verwundet. Die Erregung wuchs beim Eintreffen einer Deputation aus Köln, die beim König ernstlich vorstellig werden sollte wegen Bewilligung der berechtigten Volkswünsche.

Nachdem am 17. März eine gewisse Ruhe vor dem Sturm geherrscht hatte, erwachte am nächsten Morgen die Bürgerschaft zu frischer Tatensucht und drang sich massenhaft in den Tiergarten. Die Nachricht, der König habe der Kölner und anderen Deputationen versprochen, die konstitutionellen Wünsche zu erfüllen, rief mächtige Freude hervor, und jubelnd zog die Menge nach dem Schloß, um auf dem Schloßplatz dem Landesvater den Dank darzubringen. Und nun spielten sich hier schnell die dramatisch wirkenden Szenen ab, die zur Katastrophe führten. Der Aufmarsch der Mannschaften vom Ersten Garderegiment, welche den Schloßhof besetzten, rief schon große und begriffliche Entrüstung und lebhafteste Demonstrationen hervor. Und als vollends über die Straße hin eine Abteilung Dragoner einherzogen und mit flachen Ringen auf das Volk einhieben, als das Militär vom Schloßhof aus mit gefälltem Bajonett vordrang und, wahrhaftig durch Zufall, sich zwei Schiffe entluden, gab es kein Halt mehr, — der Straßenkampf war unausweichlich. Sein erstes Opfer wurde der Grenadier Theophilus, der vor der Bank in der Jägerstraße, mit geladenem Gewehr Posten stand. Friedrich Wilhelm IV. ließ später an der Stelle, wo er gefallen war, eine ehernen Gedenktafel anbringen, die noch heute am Hause Jägerstr. 34/36 zu sehen ist. Im Dronienburger Tor traf das Volk mit einer Artillerieabteilung zusammen und wurde mit einer Artilleriefalke begrüßt. Dem Barrikadenbau, der mit gewaltiger Schnelligkeit vor sich ging, kam zustatten, daß die meisten Straßen Berlins noch schmal und winzig waren, also nicht so leicht von Geschützfeuer bestrichen werden konnten. So vermochte das Volk sich tapfer zu wehren und tat das schon auf der Barrikade an der Ecke der Friedrich- und Jägerstraße. Hier suchten

namentlich auch junge Burken, und einer ihrer Führer, der Bechling Jinn, fiel mit dem Säbel in der Rechten. Sein Grabstein im Friedrichshain ist noch heute deutlich erkennbar. Ein schwerer Kampf entspann sich am Köllnischen Rathaus und in der Breiten Straße, wo der Mechaniker Siegerist die Barrikaden kunstgerecht erbaute und umsichtig verteidigte. Mehrere Stürme schickerten, und erst gegen Abend gelang es den Truppen, von der Scharenstraße aus das Rathaus zu nehmen und den Feind zu übermächtigen. Auf ebenso tapferen Widerstand stießen sie in der Königsstraße und drangen nur ganz allmählich bis zum Alexanderplatz vor. Hier, wo der Tierarzt Urban das Volk leitete, kam der Kampf zum Stehen.

So war das Volk am Morgen des 19. März noch todesmutig und zum Wehrstehen entschlossen, als der König den dringenden Vorstellungen Wohlmeinender nachgab und eine Verständigung anbot. Der zuletzt vom König befohlene Abmarsch des Militärs besiegelte den Sieg der Volksmacht. Zum ergreifenden Ausdruck kam er in der großen Szene im Schloßhof, wo Friedrich Wilhelm entblößten Hauptes die Leichen der gefallenen Barrikadenkämpfer anblinzen mußte. Gegen den König verfuhr das Volk nach seinen konstitutionellen Versprechungen im ganzen noch entgegenkommend und begrüßte ihn bei seinem unfreiwilligen Umritt durch Berlin mit der schwarzrotgoldenen Fahne in ehrender Weise, im Vertrauen auf sein Wort.

Den Höhepunkt erreichten die Demonstrationen bei der Beerdigung der Freiheitskämpfer am 22. März. Der Kriegerzug bewegte sich am Lustgarten vorbei, an der Nordseite des Schlosses entlang, und wieder mußte Friedrich Wilhelm sich zeigen und die toten Volkshelden grüßen. Auf ihren Grabsteinen im Friedrichshain ist noch manche halb verwitterte Inschrift lesbar und wohl keine ergreift uns so wie die des „unbekannten Mannes“. Die im Kampf gefallenen Soldaten und Offiziere wurden zwei Tage später im Invalidenpark beigesetzt, und dort erhebt sich das „National-Kriegerdenkmal“ in Gestalt einer kunstvollen Säule. Die Liberalen und bürgerlichen Demokraten setzten ihre Verammelungen in den Zelten fort und organisierten hier einen Volkskongress, auch gab es Massenkundgebungen im Lustgarten und unter den Linden, hier namentlich an der Französischen Ecke und an der Ecke der Charlottenstraße, wo Redner wie Müller, genannt Lindenmüller, das Wort führten. Die Studenten hielten meist in den Räumen der Universität ihre Sitzungen ab. Ihren eigenen Weg begannen jetzt die Arbeiter zu gehen. Sie hatten am 18. März voran auf den Barrikaden gestanden und ihr Blut für die Sache des Volkes und der Freiheit vergossen, und ihrem Stände gehörten die meisten Gefallenen an. Jetzt wurden sie von den Bürgern wieder möglichst würdevoll beigesetzt und lernten rinken, sie mühten sich auf eigene Füße stellen. So hielten sie am 26. März in der Schönhauser Vorstadt bei der „Einsamen Tappe“, unter freiem Himmel eine Massenversammlung ab. Nichts auch in den Reden noch manches Unreife und Unklare liegen, so klug doch ein gesunder Kern heraus und belebte die Sache dauernd. Noch im März geschahen die ersten Schritte zur Arbeiterorganisation und gewannen fortan eine immer festere Gestalt. Im Erwachen der Arbeiterbewegung leben wir die größte Bedeutung jener Tage, und ihrer gedenken wir, wenn wir die historischen Stätten der Märzstürme von 1848 betreten. Max Schütte.

Die „notleidende Landwirtschaft“.

Der Deutschnationale Kreisverein Götlich (Stadt und Land) gibt für seine Mitglieder ein periodisch erscheinendes Mitteilungsblatt heraus, dessen letzte Nummer einen Fettel folgenden Inhalts enthält:

Durch unentgeltliche Naturallieferungen von Landwirten der Umgegend von Götlich sind wir in die Lage versetzt, unseren Parteimitgliedern in Götlich ein gewisses Maß von Weizen- und Roggenmehl zu Vorzugspreisen abzugeben. Berechtigt zum Bezuge ist jedes in Götlich wohnende Mitglied der Partei, das bereits am 1. März d. J. eingeschriebenes Mitglied des „Deutschnationalen Kreisvereins“ gewesen ist. Wir fordern unsere Mitglieder auf, bis spätestens zum 15. April einschließlich die Bezugscheine für die auf sie entfallenden Anteile in unserem Geschäftszimmer, Gartenstr. 20 I, gegen Vorlegung der Mitgliedskarte und Bezahlung des Bezugspreises abzuholen. — Verpackungsmaterial ist von dem Bezücker zu stellen.

Götlich, den 27. Februar 1922.

Der Vorstand des Deutschnationalen Kreisvereins
Götlich (Stadt und Land).

Diese deutschnationalen Landwirte haben während des Krieges um des Profites willen dazu beigetragen, das deutsche Volk und besonders das städtische Proletariat auszuhungern. Sie haben auf diese Art die englische Hungerplakade auf das wirksamste ergänzt und die Niedrigste Deutschlands miter-schuldete. Heute aber erdreisten sie sich, von einer „Notlage der Landwirtschaft“ und von den „töblichen Fesseln“ der Zwangswirtschaft zu reden, deren restlose Beseitigung sie bei jeder Gelegenheit verlangen. Zur gleichen Zeit aber sind sie in der Lage, Nahrungsmittel an die ihren Interessen blind ergebene Partei unentgeltlich zu liefern. Die Partei selbst macht sodann als Zwischenhändler ein doppeltes Geschäft damit, nämlich ein materielles und ein politisches.

Dieses Fall, der übrigens keineswegs einzig dasteht, denn wir haben schon wiederholt über ähnliche Vorzugslieferungen deutschnationaler Parteimitglieder berichtet, wird man sich in-dessen merken; besonders wenn die Agrarier es wagen sollten, gegen die von der sozialdemokratischen Fraktion geforderte Erhöhung des Umlagebetrags zu protestieren. Auf den Schwindel der „notleidenden Landwirtschaft“ fällt sobald keiner mehr herein!

Severing gegen Polizeibeamtenstreikrecht.

Der preußische Minister des Innern, Genosse Severing, hat an die Polizeibeamtenverbände eine Verfügung erlassen, in der er anfänglich der jüngsten Streiks zu den Pflichten der Beamten im allgemeinen und der Polizeibeamten im besonderen Stellung nimmt. Es heißt darin, daß den Beamten ein Streikrecht grundsätzlich nicht zugebilligt werden kann, daß aber auch eine „Neutralität“ oder gar eine „Sympathiekündigung“ zugunsten einer der streikenden Parteien in wirtschaftlichen Kämpfen eine Verletzung der Beamtenpflichten darstellt. Ein Aufgeben dieser Grundlage, auf der Reichs- und Staatsregierung stehen, würde das Ende des Berufsbeamtenwesens bedeuten. Der Minister fordert in Anbetracht seiner Bemühungen, die gesamte Polizeibeamtenschaft in ihren Rechten und in ihrer wirtschaftlichen Lage unablässig zu fördern, von allen Verbänden, denen Polizeibeamte angehören, eine zweifelsfreie Feststellung dieser Grundsätze in ihren Satzungen. Weiter wird in der Verfügung gesagt, daß besonders in Zeiten politischer Spannung darauf gehalten werden muß, daß die Verbände sich jeder Einwirkung auf die Tätigkeit der Polizeibehörden und Beamten zu enthalten haben. Alle Anordnungen über Einsatz und Wirken der Polizei, wie über Pflichten und Verhalten ihrer Beamten ist ausschließlich Sache des Ministers des Innern. „Weisungen“ oder Verhaltensmaßnahmen von anderer Seite sind Annahmen, die jedes weitere Verhandeln und Zusammenarbeiten der Verbände mit dem Ministerium unmöglich machen würden.

Kann man jemanden gegen seinen Willen hypnotisieren? Die Hypnose mit dem Einverständnis des Patienten gelingt fast immer und ist Voraussetzung für jeden Teilerfolg. Man kann auch ohne den Willen des Patienten, aber sehr selten gegen seinen Willen hypnotisieren. Dies ist nun dem Hamburger Arzt Dr. Costa in einem interessanten Fall gelungen, über den er in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet. Es handelte sich um seinen Bruder, der sich von ihm hypnotisieren ließ, aber dabei die Absicht hatte, sich nur zu verstellen und ihn damit anzulächeln. „Von dieser Absicht wußte ich gar nichts“, erzählt Costa. „Ich begann mit meiner Untersuchung in stehender, dann stehender Lage, in Anwesenheit meines Schwagers und ging bald zur Verbalgsuggestion über. Als ich die Symptome der Tiefhypnose bemerkte, ließ ich meine Frau und unsere Schwester aus dem Zimmer holen und zeigte ihnen die vorhandene Starre. In dem Augenblick begann meine Schwester herauf zu laufen, was mit meinem Bruder verabredet war. Über der Patient lachte nicht, und seine Lippen waren nicht gelassen. Ich wußte noch immer nicht, was das Lachen bedeuten sollte. Da der hypnotisierte ein Rägelbauer war ging ich zu therapeutischen Maßnahmen über: ich habe ihm die entsprechende Suggestion gegeben und ihn von dieser läblichen Gewohnheit befreit. Der posthypnotische Befehl, an den Rägel nicht mehr zu fassen, wurde für diesen und die nächsten Tage verwirklicht. Als die Hypnose zu Ende und er wach gerufen wurde, zeigte er sich aufgeregt und weinerlich und sagte in fragendem Ton: „Ich habe also wirklich geschlafen?“ Von den Experimenten wußte er gar nichts. Das Gelingen der Hypnose wider den Willen führte ich zurück auf mein Unwissen von den Absichten des Patienten und daher auf meine starke Konzentration, den Hypnoseversuch durchzuführen.“

Deutsche Walfischjäger von einst. Der in der Untersee vor kurzem gefangene Wal erinnert daran, daß im Dezember 1917 Walfische in der Biberader Bucht gefischt worden sind und das an der pommerischen und halleschen Küsten, ja sogar in der Kieler Förde und im Rurischen Haff Walfische gefischt und erlegt wurden. Im Gefranbet sind und daß Wale schon bis weit stromauf in die Eibe, die Weser und den Rhein eingebrungen sind, in letzterem sogar bis fast nach Wale hinan. Sehr oft kamen die Wale in früheren Zeiten an die deutschen Nordseeküsten, deren Bewohner eifrige Walfischjäger waren. So berichtet die bremische Geschichte, daß die Fischer der Untersee bis in die Grönländischen Gewässer auf Walfischjagd ausgezogen sind. Dasselbe berichtet die Chronik von Helgoland und die Embdener Geschichte. Zur Hansezeit zogen deutsche Nordseefischer nicht nur auf die Walfischjagd bis hoch in die nördlichen Gewässer, sondern sie jagten dort auch auf Seevögel und Walre. Bedeutende Walfischjäger waren die alten Dorfumer. Dort, wo sich die ältesten Ansehungen auf dieser Insel finden, steht der Fremde zu seiner Vermunderung vor den alten, aus Walfischblinden gebildeten Umzünungen, die aus der Zeit von 1718 bis 1782 stammen und Zeugnis davon ablegen, daß die Fischer der friesischen Inseln noch im 18. Jahrhundert auf Wale gejagt haben. Das Gegenstück zu diesen seltsamen Säulen stellen die verwitterten Walfischhaken dar, die neben dem Dürckgang zum zweiten Hofe des Steiner Schlosses hängen und von einem Walfisch stammen, der in alten Zeiten an der pommerischen Küste gefischt ist.

Monarchisten und Präsidentenwahl.

Hamburg, 17. März. (Gg. Drohtbericht.) Trotz der deutschnationalen Agitation zur Reichspräsidentenwahl scheint man in den Kreisen der Hergt und Hefferich doch wenig zurechtfindlich zu sein. In der am Freitag erschienenen Nummer der „Hamburger Worte“ finden wir folgende Auslassung ihres Herausgebers, der als Referent und Agitator für beide Rechtsparteien in Hamburg tätig ist und zweifellos im Namen vieler Kreise für diese Parteien spricht. Es heißt da:

Wir Monarchisten haben die Pflicht, offen auszusprechen, daß ein Präsident, wie wir ihn wollen, lediglich der Plaghälter hervorzurufen sein wird, haben wir mit dem Posten des Reichspräsidenten gar nichts zu tun. Es ist weder unsere Aufgabe, noch unserer Würde, uns als Monarchisten an der Wahl des Reichspräsidenten zu beteiligen, allezeit sogar einen der unsrigen für diesen Posten in Aussicht zu nehmen. Darum kann, wenn wirklich ein Tag für die Reuewohl des Reichspräsidenten ausgeprochen werden sollte, die Parole für uns Monarchisten nur lauten: „Stimmenthaltung“.

Es ist kaum anzunehmen, daß nur dem Fuchs in der „Hamburger Worte“ die Trauben der Reichspräsidentenwahl zu sauer sind. Das Geständnis der unentwegten Monarchisten, einer der ihnen könne an Eberts Stelle nur den Plaghälter für den Mann von Amerongen darstellen, wird man sich zu merken haben.

Reformismus in der KPD.

Wir haben schon kürzlich mitgeteilt, daß sich die KPD, das links von der SPD. stehende Gruppchen, in einem Spaltungsexperiment befindet. Es bestehen zurzeit zwei Hauptausgänge dieser „Partei“, die sich gegenseitig mit Flugchriften bombardieren. Der aus der Berliner Opposition hervorgegangene Hauptausgang fordert seine Anhänger auf, die Trabanten der anderen Richtung, wo sie erscheinen, hinauszuwerfen. U. a. sagt er: „Der ausgeblottene Emil Sach fährt im Reiche umher, um für seine Person und seine Freunde Propaganda zu machen. Sie berufen dabei mit allen Mitteln, und und den oppositionellen Bezirken in lägenhafter Verkennung Reformismus vorzutreiben, um dadurch ihre eigene Politik des maßlosen persönlichen Ehrgeizes zu verdecken!“

Also auch schon in der KPD. „Reformismus“! Ja, wo ist man denn überhaupt noch sicher?

Bevorstehende Postverteuerung.

Zum 1. April noch keine Erhöhung.

Die kürzlich beschlossenen Gehalts- und Lohnerhöhungen sowie die damit in Verbindung stehende starke Steigerung aller Materialpreise zwingen, genau so wie die Verwaltung der Reichseisenbahnen auch die Postverwaltung zu einer grundsätzlichen Nachprüfung darüber, wie die erhöhten Ausgaben mit den Einnahmen in Übereinstimmung gebracht werden können. Inwieweit eine Steigerung der Einnahmen durch Erhöhung der Tarife erzielt werden soll, steht noch nicht fest. Man will erst Erfahrungen sammeln über die letzte Tariferhöhung. Zum 1. April soll die Erhöhung noch nicht kommen.

Kampf um die Schulreform.

Im Bildungsausschuß des Reichstages bestritt am Freitag Abg. Marx (Z.), daß in der Verfassung im Artikel 146 ein Verbot über die verschiedenen Schulen abgeben wird und stellte den Antrag, in § 1 des Reichs-Schulgesetzes festzusetzen, daß die Volksschulen Gemeinschaftsschulen oder Bekenntnisschulen oder weltliche Schulen sind. Abg. Schred (Soz.) bemerkte, daß die Verfassung einseitig angibt, daß die Regel die Gemeinschaftsschule ist. Die Erziehung zum Staatsbürger ist die Voraussetzung für alle Bildungsaufgaben. Weil die Gemeinschaftsschule die Regel ist, so ist zu fordern, daß Bekenntnisschulen und Bekenntnisfreie Schulen in jeder Gemeinde nur neben der Gemeinschaftsschule und nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes errichtet werden. Abg. Weiz (Dem.): Die vom Abg. Marx entwickelten Anschauungen entsprechen nicht dem Wortlaut und Sinn der Verfassung. Eine Gleichwertigkeit der Schulen darf aus Art. 146 nicht herausgelesen werden. Der Wille des Staates muß dem Willen des Erziehungsberechtigten übergeordnet sein. Abg. Loewenkeim (USP.): Die Bekenntnisschule ist eine Ausnahmschule, welche besonders errichtet werden muß. Beim Inkrafttreten des Gesetzes müßten grundsätzlich alle öffentlichen Volksschulen als gemeinschaftliche Schulen betrachtet werden. Die nach Konfessionen getrennt bestehenden Schulen müssen in gemeinschaftliche Schulen umgewandelt, dürfen also nicht als Bekenntnisschulen fortgeführt werden. Abg. Frau Lang-Brummann (Bayr. Sp.) befürwortet den Zentrumsantrag, der Gleichwertigkeit der Schulen fordert.

Staatssekretär Schulz führte den Nachweis, daß der dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf, der im Verlaufe der Verhandlungen wesentlich geändert ist, mit der Reichsverfassung in Einklang steht. Es ist nicht zweifelhaft, daß nach dem Schulkompromiß die Gemeinschaftsschule die Regel bildet, Bekenntnis- und weltliche Schulen dagegen abweichende Schularten darstellen, was § 1 des Gesetzes darlegt.

Das große Los wird teurer.

Der Hauptausgang des Landtags beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Etat der Lotterieverwaltung. In der Besprechung wurde die Erhöhung des Preises der Lose von 400 auf 500 M. mit der allgemeinen Teuerung begründet. Der Abfah ist so groß, daß die Nachfrage das Angebot erheblich übersteigt. Man muß daher mit einer neuen Erigerung rechnen. Die Anteillose sollen auch bei den neu zu beschaffenden Polen beibehalten werden. Angeregt wurde ferner, anstatt die höchsten Gewinne noch mehr zu steigern, besser die mittleren Gewinne zu bedenken. Danach wurde der Haushalt der Lotterieverwaltung genehmigt.

Die französischen Befürchtungen.

Zu der gestrigen Kammerrede des französischen Kriegsministers Maginot erhobt WTB. von unterrichteter Seite: Wenn in dem angebotenen Zusammenhalt der früheren deutschen Soldaten auf Grund der gemeinsam geleisteten Waffendienste eine Gefahr erblickt wird, so ist dem entgegenzuhalten, daß die überwältigende Mehrheit gerade dieser Soldaten

In den Gewerkschaften organisiert

ist, deren Haltung gegenüber allen militärischen Fragen alles andere als eine Gefahr für den Frieden darstellt. Deutschland, das übrigens nicht (wie Maginot sagt) 70, sondern weniger als 60 Millionen Einwohner zählt, bietet ein so vollkommenes Bild der allgemeinen Abneigung gegen den Krieg, der vollkommensten moralischen Ausrüstung, wie kaum ein zweites Land der Welt. Wenn diese Stimmung, die nach der Beendigung des Krieges ausnahmslos vorherrschte, heute da und dort Widerspruch erfährt, so ist dafür nichts anderes der Grund, als die dem deutschen Volke durch die besetzten Demütigungen und Qualen

für die nicht zuletzt die Kontrollkommissionen mitverantwortlich sind. Zu der immer wieder aufgewärmten Behauptung, es würden noch immer Waffendepots angedeckt, muß nachdrücklich gesagt werden, daß seit dem 1. Oktober 1921 insgesamt überhaupt nur acht Fälle von Waffenjungen durch die Militärkontrollkommission zur

Kenntnis der deutschen Regierung gebracht sind. Es handelte sich dabei im ganzen um einige 100 Gewehre, 7 Karabiner, 360 Seitengewehre, 12 Flammenwerfer und 7 Minenwerfer, also nicht einmal um einen irgendwie nennenswerten Bruchteil der Bewaffnung etwa des jetzigen deutschen Heeres. Allerdings kommt hinzu noch der Fall Rothroh, in dem bekanntlich 150 Mantelrohre und etwa 200 Feldhaubitzenrohre entdeckt worden sind. Dieser Fund war der einzige größere seit vielen Monaten, auch er war nicht von militärischer Bedeutung; die Rohre waren größtenteils unferlig, und es ist festgestellt, daß ihre Verheimlichung nur dem Zweck der späteren Verarbeitung als Rohstoffe in der fraglichen Fabrik diente. Die Kontrollkommission habe dafür gesorgt, daß die früheren Kriegswerkstätten die Fabrikation nicht wieder aufnehmen können; die dafür geeigneten

Maschinen sind zerstört und unbenutzbar.

Die Frage der Eisenbahngasse im Schwarzwald ist so oft schon in ihrer rein wirtschaftlichen Bedeutung hergeleitet worden, daß es unverständlich ist, wie darauf wieder zurückgegriffen werden kann. Was die Zahl der Offiziere der Reichswehr anlangt, so entspricht sie durchaus dem Besatzer Friedensterr. Die Organisation des Heeres von 1914 ist völlig zerfallen. Die Listen und sonstigen Unterlagen sind zum größten Teil vernichtet; soweit noch Listen vorhanden sein sollten, sind sie völlig wertlos, da sie seit dem Kriege nicht fortgeführt und in irgendwelche Archive verpackt sind. Daß die Schutzpolizei nicht militärisch organisiert ist, hat die Regierung in ihrer Note an General Rollet dargelegt. Die Polizei hat völlig selbständige Instruktionen, die ihrer Ausbildung zu Polizeiwachmannschaften, ihr Effektivbestand beträgt insgesamt einschließlich Verwaltungs- und Kriminalpolizei nicht 250 000, sondern nur 150 000 Köpfe. Davon ist nur ein Teil die eigentliche Schutzpolizei. Ueber

die Stärke der Schutzpolizei

ist die Kontrollkommission listenmäßig genau unterrichtet. Sie ist etatsmäßig auf 90 000 Köpfe vorgesehen. Dieser Sollbestand ist jedoch nicht annähernd erreicht, da das Reichsministerium des Innern die Einstellung in den Polizeidienst vorläufig gesperrt hat.

Die Behauptungen des französischen Kriegsministers, wie sie in der Presse wiedergegeben sind, entbehren daher jeder Begründung.

Polnische Justiz.

Der Hauptartikel des „Polener Tagesblatt“, Löwen-tal, ist kürzlich vom Posener Kreisgericht wegen eines Artikels über die Vertreibung deutscher Ansiedler wegen „Neuherung polenfeindlicher Gesinnung“ zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Obwohl bereits zahlreiche deutsche Ansiedler zum Verlassen ihrer Grundstücke ohne angemessene Entschädigung gezwungen worden sind, hat der Präsident des polnischen Landesamts, Krasiewicz, unter Eid jede gewaltsame Vertreibung und Wegnahme ohne Entschädigung bestritten. Der von Löwenthal angebotenen Wahrheitsbeweis hatte das Gericht abgelehnt. Der Staatsanwalt äußerte, daß gegen Löwenthal noch 22 andere Prozesse schwebten. Kurz vorher war Löwenthal zu 100 000 Zł. Geldstrafe verurteilt worden, weil er aus einer polnischen Zeitung einen Artikel angeblich polenfeindlichen Inhalts abgedruckt hatte. Die polnische Zeitung selbst ist nicht bestraft worden.

Streikbewegung in Polen.

Danzig, 17. März. (U.) In Posen und ebenso in Graubenz ist gestern infolge der Nichtbewilligung der Teuerungszulagen der Generalstreik ausgebrochen. Es steht zu befürchten, daß der Zustand auf ähnliche Betriebe außerhalb der Stadt Posen übergreift. Nach einer Meldung der „Niezpospolita“ ist die Streiklage in Posen sehr ernst. Die Waggonfabrik von Ostrowo soll sich zu einer Lohnerhöhung von 25 Proz. verstanden haben. In Graubenz breitet sich der Streik weiter aus. In Inowrazlaw kam es gestern zu Unruhen. In Znin brach gestern ein Streik der Metallarbeiter aus. In Bromberg fand ebenfalls gestern eine große Arbeiter-versammlung statt, die sich für den Generalstreik entschied. In der großen polnischen Papierfabrik in Bromberg streiken bereits seit gestern 400 Arbeiter. In Arbeitsbetriebsreisen soll Reueigung bestehen, die Forderungen der Arbeiter zu bemilgen. In Lodz ist ein Streik der Mechaniker, Maschinisten und Monteur ausgebrochen, der zur Stilllegung verschiedener Betriebe geführt hat. In Demberg sind die Geher in den Streik getreten; die Verhandlungen über die geforderte 25prozentige Lohnerhöhung dauern an.

Negerunruhen in Ostafrika.

Aus Nairobi in Britisch-Ostafrika wird gemeldet: Infolge der am 15. März erfolgten Verhaftung des Aufwieglers Thutu drangen etwa 1000 Eingeborene vom Stamme der Kitikus in Nairobi ein und forderten die Freilassung Thutus. Es entstanden Unruhen. Die Menge hielt die Säften an und zwang die Europäer, zu Fuß zu gehen. Es gelang der bewaffneten Polizei nicht, die Menge zu zerstreuen.

Eine spätere Meldung lautet: Die Eingeborenenbewegung hat sich verschärft. Eine große Anzahl Eingeborener aus dem Innern sowie eingeborene Hausarbeiter haben sich der Bewegung der Kitikus angeschlossen. Sie versammelten sich am Bahnhof und beim Polizeilager. Die herbeigerufenen Truppen gaben Feuer und zerstreuten die Eingeborenen, von denen etwa 20 getötet und 30 verletzt wurden.

Harte Strafe für Verhetzer. Der frühere Generalsekretär des französischen Auswärtigen Amtes, Philippe Verhelot, der in den Skandal der verkrachten Chinabank verwickelt und zurückgetreten war, obwohl ihn Briand lange gehalten hatte, mußte vor einem Disziplinarrat erscheinen. Der Ministerrat hat auf Grund des Gutachtens dieser Instanz eine Amtsenthebung für die Dauer von zehn Jahren verfügt, was für den bald 60jährigen Beamten im Verhältnis mit einer enghärtigen Entfernung aus der diplomatischen Karriere gleichbedeutend ist. Dieses strenge Vorgehen ruft vielfach in Frankreich Erstaunen hervor und kann als ein Verlust Poincarés aufgefaßt werden, auf dem Rücken Briands der clemencien Gruppe Konzeptionen zu machen.

Bei der Unterhaus-Wahl in Cambridge siegte der unabhängige konservativ Kandidat Sir Douglas Hewson mit 10 297 Stimmen über den Arbeiterkandidaten, der 6945 und über den unabhängigen Liberalen, der 5429 Stimmen erhielt. 1918 hatte der Koalitionsunionist 11 553 und der Arbeiterkandidat 3739 Stimmen erhalten. Die Wahl zeigt also starken Stimmengewinn der Opposition, die mit einem gemeinsamen Kandidaten oder wenn es in England Stichwahl gäbe, gesiegt hätte.

Damit Karl Habsburg nicht hungern braucht, hat ihm die ungarische Regierung den ganzen Betrag der in Rumpfungarn vorhandenen Vermögensgegenstände des habsburgischen Familienbesitzes in Höhe von 5 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt.

Lafca Leonfest, die 1906 im Hotel Jungfrau in Sibirien den Kurgast Müller aus Paris erschoss, den sie für den zarischen Minister Durnovo hielt, und deshalb zu vier Jahren Nuchhaus verurteilt wurde, ist in einer Schweizer Irrenanstalt gestorben.

Eine neue amerikanische Zeitung in Berlin. Heute wird hier zum ersten Male eine neue Zeitung in englischer Sprache erscheinen, der „Daily Herald“. In der Redaktion befinden sich mehrere amerikanische Journalisten. Sie will sich hauptsächlich an die in Europa zum Besuche weilenden Amerikaner wenden. Der Preis beträgt fünf Mark pro Nummer.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Eisenbahner.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes hielt am Mittwoch in den Sophienkassen ihre 1. Generalversammlung. Nach Eröffnung durch den Bezirksleiter Genossen Dressel setzte sofort eine Geschäftsordnungsdebatte ein. Schiemenz (APD) stellte fest, daß bei Befragung des Postens des Bezirksleiters sachungsgemäß Verfahren worden ist, weshalb hieran keine Kritik geübt werden kann. Er wandte sich aber gegen den Vorschlag des Versammlungsleiters, ein kurzes Referat des Kollegen Beejer, der vom Vorstand als 1. kommissarischer Bevollmächtigter vorgeführt ist, halten zu lassen. — In der Diskussion zu den Wahlvorschlägen (es lagen eine Amsterdamer und eine Moskauer Liste vor) wurde im wesentlichen gegen die Personen der alten Ortsverwaltung (Amsterdam) nichts vorgebracht. Joerg (APD), dem seine Haltung im Eisenbahnerstreik vorgehalten wurde, streifte auch den letzten Streik, der von der Reichsgewerkschaft ausging. Er führte aus, daß man über diesen Streik, wenn man sich von gewerkschaftlichen Grundfragen leiten läßt, geteilter Meinung sein kann. Nach seiner Meinung war der Streik nach proletarischem Gefühl vollkommen berechtigt.

Bischoff (USP) fragte die Versammlung, was an der gewerkschaftlichen Tätigkeit der bisherigen besoldeten Kollegen Anebel, Uhlisch und Pauli auszufehen sei. Die Versammlung schweig. Er führte weiter aus, daß die Amsterdamer Liste nach gewerkschaftspraktischer Motiven zusammengestellt sei; sie weist eine Vertretung des Betriebsrats sowie des Bezirksabstimmungsrats, der Betriebsräteverwaltung, der Sektionsleiter usw. auf. Die Amsterdamer Liste entspricht also vollkommen dem § 26 des Verbandsstatuts. Dies läßt sich von der kommunistischen Liste nicht behaupten.

Genosse Klein erklärte, daß er sich mit redlichem Eifer um eine Einigung der drei Richtungen bemüht habe. Er hätte aber von der APD einen Fußtritt erhalten. Klein stellte fest, daß er Joerg mit der Einladung zu einer Zusammenkunft der drei Richtungen, in der zur Aufstellung einer gemeinsamen Liste Fühlung genommen werden sollte, betraut hat. Die APD war jedoch nicht vertreten. Schiemenz bestritt, daß die APD zu der Sitzung eingeladen sei. Joerg gab zu, die Einladung bekommen zu haben, doch habe er sie nicht als „offiziell“ angesehen. Klein erklärte, durch Zeugen den Nachweis zu erbringen, daß er Joerg auf seine Frage, ob es sich um eine offizielle Einladung handle, eine bejahende Antwort gab. Diese Feststellungen brachten Schiemenz derart in Verlegenheit, daß er nun mit persönlichen Verdächtigungen operierte. Nach seiner Behauptung stände Bischoff im Banne des Vorstandes, weil er zur Akademie der Arbeit geschickt werden soll. Dressel wies diese Verteufelung zurück, da B. auf Grund seiner Tätigkeit von der Ortsverwaltung und zwar ohne sein Wissen in Vorschlag für den Besuch der Akademie gebracht wurde.

Der offizielle Wahlvorgang war verhältnismäßig schnell beendet. Insgesamt wurden 338 Stimmen abgegeben, gültig waren 334 Stimmen. Auf die Moskauer Liste entfielen 200 Stimmen, die Amsterdamer Liste erhielt 134 Stimmen. Von den insgesamt 463 Delegierten waren 395 erschienen, mithin fehlten 68 und neun von den anwesenden Delegierten haben sich der Abstimmung enthalten.

Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses führte der 1. Verbandsvorsitzende Schessel aus, daß in normalen Zeiten der Befähigung jedweder gewählten Ortsverwaltung nichts im Wege stünde. Die Liste Schmittke sei gewählt, wenn auch mit einer sehr schwachen Mehrheit. An den einstimmigen Beschlüssen des Vorstandes, die sich auf den Status stützen, könne jedoch nichts geändert werden. Er habe sich selber um eine Einigung der drei Richtungen bemüht. Auf keinen Fall könne aber der Vorstand besoldete Ortsverwaltungsmittglieder befristigen, die der APD angehören, denn mit diesen Genossen seien überaus traurige Erfahrungen gemacht worden. Besonders die Ortsgruppe Groß-Berlin könne infolge ihrer Größe und Bedeutung nicht jede beliebige Leitung gebrauchen. Deshalb müsse der Vorstand eine Ortsverwaltung einsehen, die die sachlichen Fähigkeiten dazu biete. Nach Erledigung der Anträge war die Generalversammlung beendet.

Von einer geringen Mehrheit der Generalversammlung ist somit das illusorische worden, was von den APD-Genossen vor allem nach Beendigung des Streiks der Reichsgewerkschaft erklärt wurde, daß es nun Pflicht aller Delegierten wäre, für die alte Ortsverwaltung einzutreten. Von der APD ist wieder einmal bewiesen worden, daß ihr an der Einigung nichts gelegen ist, wenn es der Parteivorteil erhelft.

Der Streik der Kesselschmiede beendet.

Im „Vorwärts“ wurde bereits auf die erregte Stimmung unter den Kesselschmieden, welche zum Deutschen Metallarbeiterverband gehören, hingewiesen. Da der DMBV nicht bereit war, durch Sonderverhandlungen mit den Kesselschmieden die Verdienstmöglichkeiten dieser Branche zu erhöhen, haben die Kesselschmiede in der U. C. G. Hennigsdorff, bei Dresden u. Koppel, Schwarzkopff, Bildau, usw. die Arbeit eingestellt. Dadurch sind diese Werke lahmgelegt. Die genannten Betriebe drohen nun, die Gesamtbelegschaft am Donnerstagabend auszusperren.

Wegen der Beilegung dieser Differenzen haben die Organisationsleitungen verhandelt. Von Arbeitgeberseite wurde erklärt, man wolle nicht für eine einzelne Branche, sondern für die Gesamtheit der Metallarbeiter umgehend, d. h. in den nächsten Tagen, in Lohnverhandlungen eintreten.

Die neuen Vereinbarungen sollen evtl. bereits vor dem 1. April 1922 in Kraft treten. Weiterhin erklärten die Arbeitgebervertreter, daß eine nennenswerte Zulage gewährt werden müsse.

Ueber diese Verhandlungen wurde in einer Branchenversammlung der Kesselschmiede am Donnerstag berichtet. Die Kesselschmiede Groß-Berlins erklärten gegen eine ziemlich harte Minderheit, daß sie unter diesen Umständen im Interesse der allgemeinen Metallarbeiterbewegung ihre Sonderbrancheninteressen zurückstellen wollen. Die Arbeit wurde am Freitag früh in den Betrieben wieder aufgenommen.

In der hierzu gefassten Entschlußfassung heißt es u. a.: Der Wiederbeginn der Arbeit erfolgt unter der Voraussetzung, daß sämtliche tarifliche Rechte, die die Kesselschmiede nach wie vor lassung begehren, voll wirksam bleiben.

Sollte es der Verhandlungskommission der Organisation nicht gelingen, die Löhne so zu gestalten, daß ein Ausgleich der Lebenshaltung herbeigeführt wird, sind die Kesselschmiede nach wie vor bereit, Arbeit in anderen Teilen des Reiches anzunehmen, die ihnen die Möglichkeit der Bestreitung der Lebenshaltung für sich und ihre Familie gewährleistet.

Generalversammlung der Transportarbeiter.

Im großen Saal des Gewerkschaftshauses fand am Donnerstag die ordentliche Generalversammlung des Transportarbeiterverbandes unter sehr starker Beteiligung statt.

Quartalsbericht und Jahresbericht lagen gedruckt vor. Der Bezirksleiter Dr. Mann verwies auf die recht umfangreiche Geschäftstätigkeit der Ortsverwaltung und erklärte, daß das Schwerkrieg auf die Einleitung und Führung von Lohnbewegungen gelegt worden sei, um einigermaßen einen Ausgleich zwischen Feuerung und Lebenshaltung herbeizuführen.

Der Arbeitsnachweis weist für das 4. Quartal 25 208 Stellungsfindende und 18 853 gemeldete Stellen auf. Stellen wurden besetzt: 6769 für fest und 10 325 zur Kuschiffe. Der Kassensbericht weist einschließlich Bestand eine Einnahme von 7 831 963,29 M. auf; demgegenüber steht eine Ausgabe von 5 490 884,41 M., so daß am Quartalschluß ein Restpostenbestand von 2 341 078,88 M. verbleibt. Der Hauptkassensbericht wurden überwiesen 2 163 949,87 M. in bar und 1 131 995,93 M. in Belegen.

Der Jahresbericht gibt ein übersichtliches Bild von der entfalteten Tätigkeit in gedrängter Form wieder. Die Zusammenfassung von Lohnbewegungen zeigt Angriffsbewegungen ohne Streik in 407 Fällen in 31 585 Betrieben mit 363 618 Beteiligten; sodann Angriffsbewegungen mit Streik in 39 Fällen in 7236 Betrieben mit 39 302 Beteiligten. Durch die gestiegenen Bewegungen wurde an Mehrlohn erzielt pro Woche 24 040 352,86 M. Um die an den Verband gestellten Anforderungen zu erfüllen, machten sich notwendig an Beratungen 3172, Besprechungen 8159, Konferenzen der Funktionäre 2273 und Verhandlungen mit Arbeitgebern 8008. An Neuaufnahmen und Uebertritten wurden während des Jahres 33 356 vollzogen.

Der Mittaliederbestand hat gegenüber dem Vorjahre eine nicht unerhebliche Verminderung erfahren und beträgt ab mit 104 769 männlichen, 11 517 weiblichen, 3864 jugendlichen, insgesamt 120 150 Mitgliedern.

Unterstützungen wurden gezahlt aus städtischen Mitteln an 251 918 Arbeitslose 21 212 365,55 M., aus Verbandsmitteln an 10 897 bezugsberechtigte arbeitslose Mittalieder 842 895,65 M.; an Krankenunterstützung für 19 216 Mitglieder 959 266,65 M.; bei Todesfällen 118 416 M., Notfall- und Rechtschutzbeiträge 42 574 M., Streik-, Gemahrgeld- und sonstige Unterstützungen 3 186 968,55 M. Für die Unterhaltung der Bibliothek wurden verausgabt 81 245,10 M.

In der Diskussion sprachen sich die Mitglieder in zustimmendem Sinne zu der Verwaltungstätigkeit aus und erkannten an, daß überall Bestrebungen vorhanden waren, um das Beste für die Mitgliedschaft des Verbandes zu leisten.

Sobann hatte sich die Generalversammlung mit der Neuordnung der Verbandsbeiträge zu beschäftigen. Auf Antrag wurde beschloffen, den Wochenbeitrag auf 10 M. in der 1. Klasse, 8 M. in der 2., 6 M. in der 3., 4 M. in der 4. und 2 M. in der 5. Klasse festzusetzen.

Auch die Unterstützungsätze und namentlich die Streik- und Gemahrgeldunterstützung wurden ganz bedeutend erhöht.

Infolge der vorgeschrittenen Zeit wurde die Generalversammlung vertagt. Sie wird am Donnerstagabend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25, fortgesetzt.

Achtung, SPD.-Buchbinder!

Heute nachmittags von 12—5 Uhr sind die Wahlen der Angehörigen der Zahlstelle Berlin. Um die kommunistische Herrschaft endgültig zu brechen, appellieren wir an das Pflichtgefühl aller Kollegen und insbesondere der Kolleginnen, vollzählig sich an den Wahlen zu beteiligen und ihre Stimme der vereinigten SPD.- und USP.-Liste zu geben. — Unser Zentralwahlbureau befindet sich im Lokal von Reimer, Kommandantenstr. 46 (Amt Wpl. Nr. 352), wozu alle Anfragen und Mitteilungen, die Wahlen betreffend, zu richten sind.

Der SPD.-Aktionsausschuss.

Beitragserhöhung im Berliner JdM.

Eine außerordentliche Versammlung der Delegierten des JdM. nahm am Donnerstagabend den Bericht über die Beiratskonferenz entgegen, der vom Beiratsmitglied Schröder gegeben wurde. Nach dem Beschluß des Hauptvorstandes, dem der Beirat zugestimmt hat, sollen die Beiträge (wie in Nr. 125 des „Vorwärts“ berichtet) erhöht werden. Ein Antrag der Ortsverwaltung fordert Ortszuschläge für die vier niedrigsten Klassen von 4, 6, 8 und 10 M., so daß sich der Gesamtbeitrag auf 16, 24, 33, 40 und 45 M. monatlich stellt. Jugendbeitrag, Anerkennungsgebühr und Eintrittsgeld bleiben vom Ortszuschlag frei. Dem Antrag der Ortsverwaltung ist ein Zusatz beigefügt, der verlangt, daß Hauptvorstand und Beirat die Anträge über notwendige Beitragserhöhungen in Zukunft so rechtzeitig einzubringen haben, daß die Mitgliedschaft Gelegenheit haben, vorher dazu Stellung zu nehmen.

In der sich anschließenden Aussprache wurde gegen die Erhöhung der Beiträge lebhaft opponiert, insbesondere gegen die Erhöhung der Verbandsbeiträge. Nachdem in der Abstimmung sowohl die Erhöhung der Beiträge samt der des Ortszuschlags abgelehnt worden war, wurde in getrennter Abstimmung beschloffen, die Ortszuschläge wie vorgeschlagen zu erhöhen, die Erhöhung der Verbandsbeiträge jedoch abzulehnen.

Vorsicht beim Abschluß von Lehrverträgen.

Gerade zur Zeit der Schulentlassung, wo Tausende junger Menschen in das Berufsleben eintreten, ist es notwendig, auf Risiken in der Lehrlingsausbildung hinzuweisen. Der Lehrling wird vielfach zu Arbeitsleistungen herangezogen, die mit seiner Ausbildung nichts zu tun haben. Von vielen Beispielen sei eines aufgeführt:

In dem Ingenieurbureau Erich Polm, Charlottenburg, Schloßstraße 40, sind zwei kaufmännisch-technische Lehrlinge beschäftigt. Der eine von ihnen, ein befähigter junger Mensch, steht jetzt im zweiten Lehrjahre. Er verrichtet alle Hausdienstarbeiten, muß schwere Röhren tragen und fast jeden Tag mit einem Handwagen Maschinen oder Maschinenteile stundenweit transportieren. Bureauarbeiten und die Ausbildung des Lehrlings zum technischen Kaufmann kommen erst in zweiter Linie. Die Arbeitszeit ist 9—10 Stunden täglich, und auch Sonntags muß der Lehrling gelegentlich arbeiten. Im Januar mußte er bei schlechtem Wetter mit einem Handwagen einen Ofen von Charlottenburg nach Gladow a. d. H. zur Villa des Chefs befördern; an einem Sonntag im Februar das Privatauto des Chefs waschen.

Solche Arbeiten mutet man einem intelligenten jungen Mann zu, den die Firma zur Ausbildung als technischen Kaufmann über-

nommen hat. Er bezieht im zweiten Lehrjahre ein Monatsgehalt von 100 M. Die Firma hat sich außerdem im Lehrvertrag noch dagegen gesichert, daß der Lehrling die Lehrstelle eines Tages vorzeitig verläßt, wenn etwa ihm die Art der „Ausbildung“ zu viel würde. In diesem Fall muß nämlich die Mutter des Lehrlings eine Abstandssumme zahlen.

Man erkennt hieraus, wie durch eine solche Lehrstelle die Ausbildung des jungen Mannes verpuscht ist. Darum müssen die Eltern Erkundigungen einholen, ehe es zu spät ist. Sie müssen sich an die freigewerkschaftlichen Organisationen, z. B. für kaufmännische Lehrlinge an den Zentralverband der Angestellten, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Str. 7/10, wenden (täglich von 10—3 Uhr, außerdem Montags und Freitags von 5—7 Uhr). Dort erhalten sie alle diesbezüglichen Auskünfte.

Tarifbewegung in der Zigarettenindustrie.

In der Berliner Zigarettenindustrie besteht ein Lohnkartell der freien Gewerkschaften, dem auch der Zentralverband der Angestellten angeschlossen ist. Dieses Lohnkartell hat alle Tarifverhandlungen zu pflegen. Der Arbeitgeberverband lehnt jedoch Verhandlungen mit dem Lohnkartell ab, obwohl durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses die Verechtigung des Lohnkartells, diese Verhandlungen zu führen, festgelegt ist.

Die Angestellten haben seit Dezember v. J. keine Lohnerböhrungen erhalten und sehen mit Recht in dem Verhalten der Arbeitgeber ein Verstoßungsmanöver des Arbeitgeberverbandes.

Am Montag tritt der Schlichtungsausschuss erneut zusammen, um über den Tarifvertrag zu verhandeln. Das Ergebnis dieser Verhandlung wird in einer Mitgliederversammlung am Dienstag, abends 7 Uhr, in den Prachtgärten „Alt-Berlin“, Blumenstr. 19 (großer Saal), bekanntgegeben. Gleichzeitig wird diese Versammlung über die weiteren Maßnahmen Beschluß fassen. Einlaß nur mit Mitgliedsbuch.

Zentralverband der Angestellten. Ortsgruppe Groß-Berlin.

SPD.-Metallarbeiter. Heute abend 6 Uhr in der Sophien-Schule, Gesangscafé, Weinmeisterstr. 16/17: Konferenz aller Obleute, Betriebsräte, Delegierten und Vertrauensleute. Tagesordnung: Wie stellen wir uns zur bevorstehenden Ortsverwaltungswahl? Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkschaft legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Zu den Betriebsräteahlen in der UCG. schreibt uns Genosse Herfeld: Der „Vorwärts“ ist infolgedessen falsch informiert worden bei seiner Veröffentlichung in Nr. 19 vom 11. März, als im dritten Punkte der Richtlinien die in Klammern gesetzten Worte (Richtung Amsterdam) um ihm hinzugefügt wurden. Bei den Verhandlungen wurde ausdrücklich betont, daß der Richtungsstreik bei den Wahlen ausgeschlossen werden soll.

(Wir bedauern, uns auf eine telefonische Uebermittlung des Sinnes der Uebmörungen eingelassen zu haben. Der Wortlaut der Richtlinien ist uns erst später zugestellt worden. D. Red.)

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Kolleginnen und Kollegen sind verpflichtet, bei der heute in den bekannten Wahllokalen stattfindenden Urwahl der Angestellten unbedingt ihrer Wahlpflicht zu genügen. Mitgliedsbuch legitimiert. Die achte Woche muß geklebt oder gestempelt sein. Auf zur Wahl!

Die Ortsverwaltung.

Die Landarbeiter in Oshersleben sind in den Streik eingetreten; ebenso im Kreise Wanzleben.

Die Metallarbeiter in Württemberg sind — nach einem uns aus Stuttgart zugegangenen Drahtbericht am Freitag in den Ausstand getreten. Die Bosch-Werke in Stuttgart und ein Werk von Daimler sowie die meisten Kleinbetriebe liegen still. Es ist anzunehmen, daß der Streik in der Metallindustrie in den nächsten Tagen auch auf andere Landesteile übergreifen wird.

Ein Metallarbeiterstreik in Budapest ist seit Mittwoch früh bei einigen Eisen- und Metallindustriestriemen im Gange. Vorläufig sind 10 000 Arbeiter in den Streik getreten, doch dürfte die Zahl der Ausständigen sich noch erhöhen. Die Arbeiter verlangen Lohnerböhrungen von 50 bis 60 Prozent, während die einzelnen Fabriken 25 Prozent bewilligen wollen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Brande Beiratsleiter, Fabrikarbeiter und Rutscher aus den Fugelschlagungen Groß-Berlin: Sonntag vormittags 9 Uhr in den Fugelschlagungen, Radosberger Str. 11, Ballversammlung. Stellungnahme zum neuen Lohnabkommen. — Donnerstagabend 6½ Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25, Fortsetzung der verzierten ordentlichen Generalversammlung. Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte legitimiert und ohne diese kein Einlaß. Wer länger als 3 Wochen mit dem Mitgliedsbuch im Rückstand ist, kann nicht zugelassen werden. Beschäftigtes Erscheinens ist ermahnt.

Glafer. Montag 7 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Bericht der Tarifkommission. Zahlreiches Erscheinens ermahnt die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Angestellten. Montag abend 7½ Uhr. Tagungsbericht: Funktionärerversammlung im Amieidbureau, Kommandantenstr. 6/4. — Dienstag nachmittags 3½ Uhr. Tagungsbericht: Mitgliederversammlung im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 94. — Die Betriebsfunktionäre des JdM, die unter dem Leitungsvertrag der Groß-Berliner Metallindustrie fallen, versammeln sich am Dienstag abend 7 Uhr in der Reuten Hillharmonie, Pfaffenstraße, Köpenicker Str. 69/71. Tagesordnung: Berichterstattung über die am gleichen Tage stattfindenden Verhandlungen betr. Festsetzung der Währungsänderung. Ausweis: Mitgliedsbuch oder Funktionärerkarte.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Montag abend 6 Uhr in der Schulaula, Genslerstraße 6, Bezirksversammlung des 4. Verwaltungsbezirks (Dresdener Str.). Thema: „Der kommende Gewerkschaftstongreß“. Mitgliedsbuch legitimiert.

(Siehe auch den Anzeigenteil.)

Veranm. für den Bekalt. Zeitl: Franz Klubs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: K. Glöck, Berlin, Berlin-Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Socomaris-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 4, Seite 1 Beilage.

Weinbrand, Liköre
Landauer & Macholl T
Heilbronn a. N. Gegr. 1861

Vertreter: Karl Karst, Potsdam, Bismarckstr. 3 Fernsprecher: Amt Potsdam Nr. 366 u. Wilhelm Wetzel, Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburgische Straße 20 Fernsprecher: Amt Pfalzberg Nr. 3400

Edelster deutscher Weinbrand

Scharlachberg Meisterbrand

Weinbrennerei Scharlachberg G. m. b. H., Bingen a. Rhein

Vertreter: Carl H. Bitzenhofer, Berlin W 50, Fürther Str. 3 Fernsprecher: Amt Umland 524

Das Preisfieber auf dem Kleidermarkt.

Die Ursachen der ungeheuren Steigerung.

Wenn wir davon absehen, für Textilien Preise anzugeben, so geschieht dies, weil alle Angaben darüber doch mit dem Augenblick überholt sein würden, in dem das Blatt den Lesern zu Gesicht kommt. Nur so viel kann festgestellt werden, daß Preissteigerungen um das 20fache die geringsten sind und daß die 100fachen Preiserhöhungen durchaus nicht zu den Seltenheiten gehören. Von den bisherigen Hochkonjunktoren am Warenmarkt unterscheidet sich die jetzige ganz merklich dadurch, daß bei den früheren zwischen den Preissteigerungen eine mindestens nach Tagen zu berechnende Frist lag und daß zum mindesten die produzierenden und warenverteilenden Unternehmer in der Lage waren, sich dem anzupassen. Heute geht die Entwicklung mit Siebenmeilenstiefeln vor sich. Jeder Preis, den man erfährt, ist schon gewöhnlich nicht einfach, sondern mehrfach überholt. Die Lohn- und Gehaltsempfänger sind nicht in der Lage, mit ihren Ansprüchen einem derartig forcierten Tempo zu folgen. Sie hinken ständig hinter den Preisen her.

Hochkonjunktur in den Detailgeschäften.

Ist es nicht wunderbar, daß trotz dieser Entwicklung die Einzelhandelsgeschäfte nicht Hände genug haben, um den Ansturm der Kundenschaft befriedigen zu können? Gekauft wird von allen Schichten der Bevölkerung gleichmäßig. Die Neureichen kaufen, was sie kaufen können. Preis Nebenache. Der Mittelstand, die Lohn- und Gehaltsempfänger wenden ihre letzten Ersparnisse an, um sich jetzt noch einigermaßen „wohlfeil“ (?) mit Kleidern zu versehen. Viele von ihnen sind gezwungen, mit hungrigem Magen, aber mit dem Anzug nach neuester Mode einherzufolgen. Der Chef, die Kundenschaft verlangt es. Also werden die letzten Sparpfennige abgehoben. Es ist ja alles bitter teuer, aber wer weiß, ob nicht in kurzer Zeit die Preise eine solche Höhe erreicht haben, daß sie für alle Waren unerschwinglich sind. Ferner erscheinen auch die Ausländer wieder zahlreich in den Geschäften und kaufen große Mengen Waren. Allerdings die Hamsterei zu gewerblichen Zwecken hat aufgehört. Die Preise haben in Deutschland eine Höhe erreicht, daß für die Ausländer, die mit den deutschen Waren Geschäfte machen wollen, der Einkauf nicht mehr lohnend ist. Außerdem haben auf sie die Erschwerungen in der Ausfuhr abschreckend gewirkt. Dagegen benehmen die Angehörigen von Ländern mit hoher Valuta die Gelegenheit, so viel wie möglich zu ihrem Privatbedarf an sich zu bringen. Denn sie kaufen trotz der gestiegenen Preise immer noch billiger ein als in den Geschäften ihres Landes.

Erste Anzeichen des Abstiegs.

Trotzdem also auch im Textilgewerbe eine außergewöhnliche Betriebssamkeit herrscht, machen sich schon die ersten Anzeichen der Ueberfüllung des kaufkräftigen Publikums und des Nachlassens der Kaufkraft der übrigbleibenden Schichten bemerkbar, vorerst allerdings kaum merklich. Hier und da nehmen Kunden, die eine bestimmte Summe für einen Bekleidungsgegenstand ausgeht hatten, von Käufen Abstand, weil sie die geforderten Preise nicht ausgeben wollen oder können oder weil ihnen die Qualität der Ware, die sie für das anzulegende Geld erhalten, nicht ergebnis genug erscheint. Vorerst handelt es sich um vereinzelte Kunden, aber ihre Zahl wächst ständig und wenn die Käufer ausbleiben, werden in erster Reihe die Kleinhandelsgeschäfte geschädigt, für die der tägliche Umlauf ein mindestens ebenso wichtiger Faktor ist als der übergroße Verdienst an dem einzelnen Stück. Viele von ihnen gehen infolge dessen mit dem Gedanken um, wieder mit billigeren Waren auf den Markt zu kommen und hier bahndrehend zu wirken, besonders Waren- und Kaufhäuser arbeiten in dieser Richtung. Ihnen sind, da sie ja in der Preisgestaltung von ihren Lieferanten abhängig sind, die Hände gebunden, die Fabrikanten und Großhändler aber sind zum größten Teil auf Monate hinaus ausverkauft, so daß naturgemäß es sehr schwierig sein wird, Ware zu bekommen; ja es gibt Bestimmten, die der Ansicht sind, daß mit der Aufarbeitung der jetzt vorhandenen Rohstoffe die Fabrikation von Textilwaren in Deutschland ganz aufgehört wird. Die Erfahrung der letzten Jahre hat allerdings gezeigt, daß gerade dies ein beliebter Bluff ist, um das an sich schon kaufslustige Publikum zu weiteren Käufen zu veranlassen, und daß dieser Bluff dazu her-

halten muß, der Öffentlichkeit gegenüber ein Vorwand für die Erhöhung der Preise abzugeben.

Ursachen der Teuerung.

Wenn wir die Ursachen der Teuerung erschöpfen, so ist selbstverständlich der Hauptgrund die durch unsere Reparationsverpflichtungen und außenpolitische Lage bedingte Entwertung unseres Geldes. Über auch hier wirken spekulative Momente mit, um das Ausmaß dieser Entwertung weit über das hinausgehen zu lassen, was durch die politische und tatsächliche Entwicklung geboten ist. Hiermit hängt es zusammen, daß der Hauptrohstoff für Textilwaren, die Baumwolle, eine Preissteigerung erfahren hat, daß sie für uns kaum noch zu bezahlen ist. Auch hier haben spekulative Einflüsse ihre Hand im Spiel, um das Maß und das Tempo der Aufwärtsbewegung zu vergrößern. Wenn nun auch die Geldentwertung der Hauptgrund der Verteuerung der Waren ist, der alleinige Grund ist es keinesfalls. Es ist nicht Zufall, daß vor einigen Wochen der „Manufakturist“, dem wohl niemand Vertretung der Konsumenteninteressen wird beschuldigen können, seine wohnende Stimme erhoben hat gegen die Profitgier der Produzenten und Händler.

Wenn das Publikum seine Einkäufe auf das allernotwendigste beschränken würde, so daß die Geschäfte mehr ihre Waren anbieten müßten, dann hätte der Händler Interesse daran, seine Preise auf das Mindestmaß einzuschränken. Dann würde auch die Konkurrenz, das Hauptcharakteristikum jeder freien Wirtschaft, preisregulierend wirken.

Wie die Dinge sich jetzt entwickeln, muß eines Tages der Zeitpunkt kommen — und er scheint gar nicht mehr zu fern —, wo die Kaufkraft immer weiterer Schichten der Bevölkerung erlahmt. Die Preise für Nahrung und Wohnung fordern bei den Lohn- und Gehaltsempfängern einen immer größer werdenden Anteil ihres Einkommens. Der Teil, der für andere Zwecke übrig bleibt, vermindert sich zusehends. Wenn dieser Teil auf nichts zusammengeschrumpft ist, wenn das ganze Einkommen weiterer Schichten für Nahrung und Wohnung draufgeht, ja kaum noch reicht, wenn die großen Massen als Käufer vom Markt verschwinden, dann ist die Krise da. Und man wird sich schon heute überlegen müssen, was zu ihrer Beseitigung zu unternehmen wäre.

Die teure kleine Stadt.

Man sprach von den Reizen des ländlichen Lebens. Die jungen etwas bleischüchternen Mädchen schmelzen in der Erinnerung an früher gelesene Milch- und Eierpeisen, und die poetischen Naturen sangen ein Volkslied auf das teure kleine Städtchen mit alten Giebelhäusern und Gärten auf dem Marktplatz. Ein Graubart mischte sich jetzt in das Gespräch ein:

„Teuer hat bei uns eine doppelte Bedeutung: teuer unserem Herzen und teuer für unseren Geldbeutel. Nun ist es eine eigentümliche, eine auch für den tiefer Bildenden leicht erklärliche Erscheinung, daß die kleinen Orte in dem Bereich um die Großstadt die Tendenz haben, das Wort teuer in beiderlei Hinsicht zu Ehren zu bringen. Manchmal sogar noch ein weiteres Schlagwort: teuer und schlecht. Nehmen wir Berlin, so erstreckt sich dessen preisbildender Einfluß, bedingt durch Markthalle und Warenhaus, nur auf die nächsten Vororte, wo männiglich sich die Bewegung nach dem Zentrum der Arbeit und des Vergnügens befindet. Hört dieses bequeme und häufige Fahren auf, so tritt der Erwerbsfuss des Kleinstädters genau so in Erscheinung, wie der des Großstädters. Er rechnet mit der Bequemlichkeit der Leute. Wenn auch der Mann sich morgens regelmäßig zu seinem Bureau begibt, so pflegt er nicht geneigt zu sein, nach Arbeitschluss sich mit Paketen zu beladen, um „einige Pfennige“ zu ersparen. Also: die Hausfrau kauft am Ort und die wenigen Geschäftsleute halten den gleichen Preis. Macht man ihnen Vorhaltungen, daß die Großstadt billiger liefert, so rechnen sie die Transportkosten vor. Ob diese so groß sind, daß sie Preisserhöhungen von 50 Pf. und 1 M. bei der Wareneinheit rechtfertigen, ist fraglich,

zumal selbst ländliche Erzeugnisse, die geringe oder gar keine Transportkosten erfordern, die gleiche Tendenz nach oben haben.“

„Und wissen Sie eine Abhilfe für diesen Zustand?“

„Abhilfe — sicher gibt's die — geht hin und gründet Konsumvereine — die sind gewissermaßen die Vorläufer des Sozialismus. Und bedenken Sie auch: Die Liebe geht durch den Magen... Mancher Bourgeois wird anders denken lernen, wenn er greifbare Vorteile hat.“

„Dann wird uns das Städtchen im doppelten Sinne teuer sein“ — setzte das junge Mädchen hinzu —, „aber diesmal im Sinne der Liebe...“

150 Prozent Mietszuschlag!

Die bürgerliche Rechte für die Ausbeutung der Mieter.

150 Proz. Mietszuschlag zur Friedensmiete für Wohnräume aller Art, das ist der gestrige Mehrheitsbeschluss des Ausschusses für das Groß-Berliner Wohnungswesen. Für gewerbliche Räume mit über 2000 M. Jahresfriedensmiete sollen 165 Proz., mit über 5000 M. Jahresmiete 180 Proz. erhoben werden. Die bürgerlichen Vertreter im Ausschuss glaubten unter allen Umständen diesen hohen Satz verlangen zu müssen — Herr Vadendorf hatte sogar 200 Proz. beantragt — da nach ihrer Meinung die Hausbesitzer sonst unter keinen Umständen weiter erziehen könnten. Alle Bemühungen unserer Vertreter im Ausschuss, den Höchstmietszuschlag auf 100 Proz. festzusetzen, blieben ergebnislos. Die heutige Magistrats Sitzung wird sich als weitere Instanz mit der Frage zu beschäftigen haben und hoffentlich etwas mehr soziales Verständnis für die Not der Gesamtmieterschaft beweisen.

Jetzt zeigen sich die Früchte der letzten Stadtverordnetenwahlen, und es liegt an uns, darüber Auffklärung in alle Mieterkreise zu tragen, wie ihre vermeintlichen Freunde im Stadtparlament aussehen und wer in Wahrheit die Interessen der Mieter vertritt.

Auf einer Bank am Neckar.

Die Geschichte eines Bankdiebstahls.

Ullendiebstahl bei einer hiesigen Großbank in Höhe von 700 000 M. lagen einer Anklage zugrunde, die gestern die 11. Strafkammer des Landgerichts I beschuldigte. Angeklagt wegen Unterschlagung, Beihilfe dazu und versuchten Vergehens gegen das Kapitalfluchtgesetz waren der Bankangestellte Kurt Brühem, der Kaufmann Max Abel und der Vermittler Gustav Wuntke.

Der Angeklagte Brühem war als sogenannter Nummernbuchhalter in der Effektenkassa einer hiesigen Bank tätig. Als er eines Tages im Laufe der Unterhaltung dem Mitangeklagten Abel erzählte, ihm würde es ein leichtes sein, Papiere von hohem Werte verschwinden zu lassen, kamen Beide auf den Gedanken, von Brühem gestohlene Effekten nach der Schweiz zu verschicken. Brühem entwendete Aktien der Elberfelder Erdwerke und der Deutsch-Burgundischen Bergwerke in Höhe von 300 000 M., die Abel einem gewissen Egloff übergab, der sie nach der Schweiz bringen sollte. Unterwegs verlor E. jedoch den Mut, er legte das Paket mit den Aktien in Heidelberg auf einer Bank am Ufer des Neckar nieder, wo es am nächsten Morgen von Studenten gefunden und der Polizei übergeben wurde. Kurze Zeit darauf entwendete Brühem 7 Sarotti-Aktien im Werte von circa 400 000 M., die er dem Mitangeklagten Wuntke aushändigte. Dieser lombardierte erst auf eigene Faust zwei Aktien und gab von dem Erlös von 20 000 M. dem B. 6500 M. ab, während er den Rest für sich behielt. Da inzwischen die Bank die Sperrung der Aktien befangen gemacht hatte, hielten es die Täter für ratsam, ihr die übrigen fünf Aktien wieder anonym zuzuflehen. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Berliner beantragte mit Rücksicht auf den schweren Vertrauensbruch, den Brühem begangen habe, gegen ihn 1 1/2 Jahre Gefängnis und gegen Abel und Wuntke je 9 Monate Gefängnis. R. A. Dr. Karl Boehmthal machte für Brühem geltend, von dieser 18 Jahre einwärtsfrei als Marinezahlmeister tätig gewesen sei und offenbar nur unter den falschen Wirkungen einer Malariaerkrankung zu den Verfehlungen gekommen sei. Das Gericht erkannte gegen Brühem auf 1 1/2 Jahre Gefängnis, gegen die Mitangeklagten auf je 9 Monate Gefängnis. Da die Angeklagten in Not gehandelt hatten, wurde ihnen vom Gericht für die restlichen Zweidrittel der Strafe eine Bewährungsfrist bewilligt.

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Bojer.

Ein paar Sekunden verstrichen, und er merkte, wie seine Spannung wuchs. Endlich hob sie die Hand und streckte sie ihm entgegen. Er nahm sie. Sie war so dünn und hilflos und warm. Damit gab sie ihm nun all ihr Vertrauen. Gewiß, sie hatte ihm in den letzten Tagen viel Vorwürfe gemacht und unbarmherzig gefordert, er solle ihr ihr Geld wieder schaffen. Aber nun? Nun war etwas ganz anderes geschehen, dagegen wurde alles übrige so klein, und so klammerte sie sich voller Zutrauen an ihn.

Dann zeigte sie auf den gedeckten Tisch und flüsterte: „Willst du nichts essen?“ Und sie stand etwas mühselig auf und holte die Teekanne vom Ofen.

„Soll ich die große Lampe anzünden?“ fragte sie still.

„Rein, Liebste...“ Er setzte sich zu Tisch, mehr, um den Schnapsgeruch zu vertreiben, als etwa um seinen Hunger zu stillen. Und da bemerkte er eine halbe Flasche Bier auf dem Tisch, das regte ihn förmlich auf. Sie konnten sich Bier nicht mehr leisten, aber diese letzte Flasche hatte sie vielleicht noch irgendwo im Keller gefunden, und trotz all des Unglücks um sie her hatte sie daran gedacht und sie geholt, als sie ihn jetzt erwartete.

„Hast du denn schon gegessen?“ fragte er, als sie sich nicht mit an den Tisch setzte.

„Danke!“ sagte sie, „aber ich glaube nicht, daß ich etwas herunterbekomme.“

„Doch, Karen, setz dich nur und is. Der kleine Soren will doch sein Abendessen haben.“

Dieser Scherz nahm sich so wunderbar aus in der düsteren Stimmung. Denn der kleine Soren — das war ihr heimlicher Rosenamen für das Kleine, das sie noch in ihrem Schoße trug. Und doch — wie der Vater dies sagte, war es, als bilde sich eine kleine goldene Brücke zwischen ihnen, und sie konnte nicht anders, sie mußte ihn strahlend ansehen und lächeln.

Und dies Lächeln erhellte das Zimmer, es erleichterte sie beide, so daß sie nun ruhig miteinander über diese Geschichte mit Rorby reden konnten.

„Kannst du begreifen, wie er auf so etwas verfallen konnte?“ sagte sie und schenkte sich eine Tasse Tee ein.

Er fühlte ihre Augen auf sich ruhen. Diesmal konnte er den Kopf heben und ihrem Blick begegnen.

„Ja, das muh sich ja noch zeigen. Entweder ist das ein Mißverständnis, oder...“

„Oder...?“ wiederholte sie.

Während er so nach einer Erklärung suchte, hatte er zugleich eine heimliche Angst davor, es könne doch nur ein Mißverständnis sein. Irgendwo in seinem Bewußtsein war es nämlich wie ein Hoffnungsstern aufgegangen: „Verhör, Freisprechung, Genugtuung.“ Und halb unbewußt empfand er das wie eine kommende Befreiung, nicht bloß von dieser Anklage, sondern auch von all dem andern.

Und er antwortete: „Rorby ist einer von den Menschen, aus denen man nie klug wird. Es kann ja sein, daß die paar Tausende, um die es sich hierbei handelt, ihm rein den Verstand genommen haben.“

Sie blickte auf, und ihre Augen sagten: „Tausende? der auch!“ und fast unmerklich schüttelte sie den Kopf.

In einer unwillkürlichen Angst, sie könne an dieser Seite der Geschichte haften bleiben, fügte er hinzu: „Er ist aber ein großer Dummkopf, weißt du. Denn er muß doch begreifen, daß auch noch ein Zeuge dafür da ist, es kann ihm also gar nichts nützen, sich drücken zu wollen.“

Wie sie so sprach und er sich mit seiner Unschuld in dieser Sache beschäftigen konnte, wurde er innerlich immer ruhiger, und alles sah leichter und freundlicher aus. Und seine Stimmung übertrug sie auch auf sie. Sie hatte bis jetzt ganz vergessen, zu fragen, wie es ihm in der Stadt gegangen sei, und ob er ihr Geld habe retten können. Hier war ein Ereignis eingetreten, das alles andere in den Hintergrund drängte.

„Wie ging's denn in der Stadt?“ fragte sie endlich.

Und jetzt konnte er ganz frei heraus antworten: „Keine liebe Karen... am schlimmsten steht es mit deinem Erbteil aus...“ Weiter konnte er nicht, die Stimme versagte ihm. Nach der ersten Angst und Verzweiflung war er jetzt der Verzweiflung so sicher, daß er ruhig traurig sein konnte. Und ganz richtig: sie fuhr nicht auf. Sie forderte keine Rechenschaft für alle seine unwahren Versprechungen. Sie beugte den Kopf, sie dachte immer noch nur an den Besuch des Amtmanns und

antwortete leuzend: „Ja, ja — wov du nur unschuldig bist, dann...“

„Sprich nicht so, Karen.“ sagte er mit Tränen in den Augen. „Ich habe doch für dich und mich eine so große Verantwortung, und...“

„Oh, das kann ja alles noch wieder gut werden.“ sagte sie und schaute in die Lampe. „Wenn nur die Ehre nicht verloren ist.“

Nun war's also getan. Jetzt brauchte ihm nicht mehr vor diesem Geständnis zu grauen, aber wahrhaftig, er hätte sich nicht träumen lassen, daß das so leicht gehen würde.

„Was ist eigentlich los?“ dachte er, während er vom Tisch aufstand. Er glaubte eine gewisse Verpflichtung zu haben, sich unglücklich zu fühlen, und konnte das gar nicht. Er starrte die ganze Zeit auf seine Schuldlosigkeit in diesem einen Punkt, und dieses Gefühl der Unschuld war wie eine Lampe, die plötzlich in seiner Finsternis angezündet war und alles beleuchtete, alles milderte, so daß die Reue und Verzweiflung in der Eisenbahn, all der Kummer, der ihm vorher heute das Herz zerrissen hatte — daß all dies in ferne, unbestimmte Wolken zerfiel.

Er mußte ins Schlafzimmer und die Kinder sehen. Er setzte sich auf den Rand des Bettes, in dem die beiden kleinen Mädchen zusammen schliefen. In der Eisenbahn hatte er sich nicht wert gefühlt, Kinder in die Welt zu sehen. Aber jetzt war er wieder ganz glücklich, Vater zu sein.

„Wie lange denkst du, können wir noch hier bleiben?“ fragte sie, als er wieder hereinkam. „Glaubst du, wir müssen noch vor meiner Niederkunft ausziehen?“

Das Klang so ungewöhnlich resigniert.

„Rein.“ antwortete er, „davon kann gar keine Rede sein.“

Sie wanderten durch ihre Zimmer, wobei er die Lampe trug. Sie hatten wohl gemeinsam das Gefühl, dies alles würde ihnen nun bald genommen sein und sie dann ohne Heim und mit leeren Händen dastehen. Vor einem Spiegel blieben sie stehen, an einem Teppich, einem Bilde, und sahen es an, während er sie mit der freien Hand umfaßt hielt, als wollte er sie stützen.

„Weißt du was?“ sagte sie mit einem leichten Seufzer — „wenn das Badenest erst vorbei ist, will ich versuchen, ohne Mädchen auszukommen.“

„Rein.“ widersprach er — „das geht doch nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Steuerdebatte.

Im Reichstag wurde gestern auf eine kleine Anfrage geantwortet, daß sämtliche Länder die beantragten Vorschläge zur Einberufung der Rot der Kleinrentner erhalten haben.

Es wird dann das Steuer-Mantelgesetz weiterberaten. Abg. Becker-Hessen (D. Sp.) beantragt, die Beratungen solange auszusetzen, bis die Regierung erschienen sei.

Der Antrag wird angenommen. Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf 2 Uhr an.

In der neuen Sitzung ist Finanzminister Dr. Hermes anwesend. Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Sp.) ist mit Hermes' gestriger Rede sehr zufrieden, tadelt aber, daß nicht der Reichsminister das Wort ergriffen hat. Gegenüber dem Abg. Bernstein sagt der Redner, daß durch die Zwangsanleihe die Lage noch zumungunsten des Besitzes verändert sei und auch die Nichtbesitzenden es verstanden, die Steuern abzuwälzen. Der zehnprozentige Steuerabzug würde restlos auf den Sohn abgewälzt. (Widerpruch links.) Die Steigerung des Papierwertes der Sachwerte sei doch keine tatsächliche Wertsteigerung. Herr Bernstein meinte,

die Erfassung der Sachwerte

seit leicht durchzuführen. Wir haben im Steuerausdruck vergeblich auf einen Gehrentwurf von der Sozialdemokratie gewartet. Man vermies immer auf die bekannte Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums. Aber damit war doch die Sache noch nicht abgetan. Ein wirklich praktischer Vorschlag kam nicht. Wenn die jetzigen Steuerlasten keine heroische Leistung darstellen, wie sie Herr Bernstein verlangt, dann weiß ich nicht, was heroisch sein soll. Wollen wir unser Vermögen dem Auslande ausliefern, dann können wir es nicht geschickter tun als durch die Erfassung der Sachwerte. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Bernstein bezweifelt, ob in Deutschland die Vermögenssteuer so schwer ist wie im Ausland, so können sich die Erzeuger in der Entente jetzt auf ihn berufen. Herr Bernstein will ich keine böse Absicht unterstellen, aber er hat sträflich leichtfertig geredet. — Herr Helfferich gegenüber will ich bemerken, daß ich schon in meiner Jugend gelernt habe, nicht Fensterstheiben einzuschmeißen, die andere Leute bezahlen müssen. Wenn die

Sozialdemokratie über das Kompromiß nicht enttäuscht

ist, so können wir das recht gut begreifen. Wir haben nämlich einiges erreicht bei unserer Arbeit: die Wertbemessung für die Vermögensbesteuerung holen wir aus dem Bereich des Schlagwortes heraus. Nicht die Sozialdemokratie hat gnädigst zugegeben, daß über diese Frage per majora abgestimmt werde, sondern wir haben es bei der Sozialdemokratie durchgesetzt, die genau weiß, daß wir im Plenum die Mehrheit haben. (Woh! auf der äußersten Linken.) Wir lehnen es ab, die Zwangsanleihe zu Reparationen zu verwenden. Das Maß der Reparationen ist ohne Boden. Die Revision des Friedensvertrages muß unter allen Umständen kommen, aber wir dürfen sie nicht erschweren dadurch, daß wir den Anschein erwecken, als seien wir nicht guten Willens, unseren inneren Haushalt in Ordnung zu bringen. Herr Helfferich warf uns vor, bei uns herrsche das Dogma von der Unentbehrlichkeit der Sozialdemokratie. Wir haben nach der Reichstagswahl 1920 eine rein bürgerliche Regierung gebildet. Wir haben in Preußen die bürgerliche Regierung Stegerwald unterstützt und ebenso unterstehen wir die bürgerliche Regierung in Bayern. Wir werden mit den Deutschen nationalen Opposition irren, aber

nicht Opposition um jeden Preis.

Wie wir also über den Verwendungszweck der Zwangsanleihe Klarheit geschaffen haben, so haben wir es erreicht, daß ein Anlauf zur Sparpolitik gemacht wird. Wir haben erreicht, daß die Nachkriegsgewinnsteuer verschwand, daß die Körperschaftsteuer vernünftig ausgebaut wurde, wir haben die Befreiung der Steuerfreiheit der Gewerkschaften erreicht und auf dem Gebiet wirtschaftlicher Maßnahmen ist Umkehr versprochen worden. (Hört, hört! links.) Schließlich ist es doch immerhin etwas ungewöhnlich, daß eine Regierung die Richtlinien der Denkschrift einer Oppositionspartei annimmt. Sorgen Sie, Herr Helfferich, und Ihre Parteifreunde zukommen mit der Deutschen Volkspartei dafür, daß diese Richtlinien eingehalten werden. Herr Bernstein meinte, daß deutsche Volk finde bei der Internationale der Arbeiter den stärksten Rückhalt. Nicht die Internationale, sondern der nationale Zusammenschluß kann uns helfen. (Beifälle Zustimmung rechts.)

Abg. Herold (Z.): Der Besitz wird außerordentlich stark belastet. Bei der Vermögenssteuer ist uns die Aufrechterhaltung des Ertragswertes zur Bemessung der Steuerhöhe gelungen. Auch die von 2 1/2 Proz. herabgesetzte Umsatzsteuer ist noch außerordentlich hoch. Die Luxussteuer kann nicht ganz beseitigt werden. Die Inflationsteuer wurde stark herabgesetzt und gestaffelt. Neben die Zwangsanleihe soll

auch eine freiwillige Anleihe

treten. Aber die Steuern allein tun es nicht, wir brauchen auch wirtschaftliche Reformen. Ohne die positive Mitarbeit der Sozialdemokratie hätten wir nicht zum Ziele kommen können. Die Sozialdemokraten arbeiten positiv mit, während die Deutschen nationalen in scharfer Oppositionsstellung verharren. Würde Herr Helfferich auch die Verantwortung übernehmen, wenn das Gesetz abgelehnt und unser Land dadurch in den Abgrund gestürzt würde? Aber die Deutschen nationalen glauben

bessere Parteigeschäfte

machen zu können, wenn sie im Lande herumreisen und den Leuten erzählen, daß sie diejenigen gewesen sind, die sie vor der neuen Steuerlast bewahren wollten. Herr Helfferich hat manche Kritik geübt, aber er hat nicht gesagt, wie es besser gemacht werden könne. Er hat auch nicht auf die Frage geantwortet, was eingetreten wäre, wenn wir den Frieden und das Londoner Ultimatum abgelehnt hätten. Wir wollen hoffen, daß unser Vaterland durch dieses Gesetzwerk der Gesundung entgegengeführt wird. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Hente (U. Sp.): Alle Parteien, mit Ausnahme der Deutschen nationalen, haben

der Sozialdemokratie COb

gespendet, um das wir sie nicht beneiden. Auf dem von ihr eingeschlagenen Wege wird sie niemals mit uns gemeinsam die politische Macht erringen können. Herr Helfferichs Zahlen beweisen nicht, daß in Deutschland der Besitz stärker belastet ist als anderswo. Wir unterstützen auch die Politik des guten Willens, aber sie hat da eine Grenze, wo das Rabinett Wirth sich nach rechts entwickelt und einen Minister Hermes ausnimmt, der nicht gewöhnt ist, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Wir können dem Mantelgesetz nicht zustimmen, weil es der Regierung eine Blankovollmacht erteilt. Dem

neuen Reichsfinanzminister stehen wir mit dem größten Mißtrauen gegenüber.

Während der Rede hentes hat sich der Sitzungssaal fast völlig geleert. Aus diesem Grunde beantragt Abg. Geyer (Komm.) Vertagung. Während er seinen Antrag begründet, strömen von allen Seiten wieder die Abgeordneten in den Saal. Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. Hölein (Komm.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Darauf verläßt die äußerste Linke den Sitzungssaal. Das Bureau kann sich über die Frage, ob das Haus beschlußfähig ist oder nicht, nicht einigen. Es wird daher der

Namensaufruf

vorgenommen. Er ergibt die Anwesenheit von 288 Abgeordneten. Das Haus ist also beschlußfähig. Inzwischen ist ein Antrag eingegangen, über den Beratungsantrag der Kommunisten namentlich abzustimmen. Da der Antrag genügende Unterstützung findet, wird so verfahren. Das Ergebnis ist die Ablehnung mit 249 gegen 54 Stimmen.

Präsident Cöbe: Wir können nunmehr in unseren Beratungen fortfahren, aber ich glaube doch, daß die Ereignisse dieses und der vorhergehenden Tage manchen Kollegen eine Mahnung sein müssen.

Abg. Fischer-König (Dem.) begründet die Notwendigkeit der Annahme des Steuertompromisses und sagt: Der Teil des Volkseinkommens, der sich auf dem Ertrag unseres Volkseinkommens aufbaut, beträgt etwa 10 Milliarden Friedensmark, er ist von 10—15 Proz. auf 4 Proz. gesunken. Es gibt keine deutlichere und erschütternde

Erkenntnis des Zusammenbruchs

unserer Wirtschaftskräfte und der unheilvollen Auswirkungen des Versalles Friedens. Soweit irgend möglich und soweit es in unseren Kräften liegt, muß versucht werden, die Steuererträge der fortschreitenden Geldentwertung anzupassen. Sparbarkeit muß die vornehmste Richtlinie der nächsten Arbeit des Reichsfinanzministeriums sein. Die Richtlinien der Deutschen Volkspartei sind lediglich eine Zusammenfassung unseres finanzwirtschaftlichen Steuerprogramms. Durch das Steuertompromiß hat das deutsche Volk den praktischen Befähigungsnachweis für den demokratischen und parlamentarischen Staatsgedanken erbracht. Dieses gewaltige Geschehen ist der letzte mühevollen Versuch.

die Welt von der Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung des Versaller Diktats und des Londoner Ultimatus zu überzeugen. (Beifall der Linken bei den Demokraten.)

Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Bernstein stellt gegenüber verschiedenen Angriffen fest, daß die Besteuerung des Besitzes in Deutschland nicht stärker ist, als in anderen Ländern. Sonnabend 1 Uhr Weiterberatung. — Schluß 7 Uhr.

Die Zwischenfälle in der gestrigen Reichstags-Sitzung gaben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Veranlassung, noch einmal an alle sozialdemokratischen Abgeordneten das Ersuchen zu richten, während der Beratung des Steuergesetzes ohne Unterbrechung in Berlin anwesend zu sein.

Preussische Wirtschaftsfragen.

Der Landtag setzte gestern die Beratung über Handel und Gewerbe fort. Nachdem Rilian (Komm.) das Gewerbeschulwesen kritisiert hatte, besprach Genosse Osterloh nochmals die 1899 erfolgte Verpachtung der Emdener Hafenanlagen an die Westfälische Transport-Aktiengesellschaft und wünschte baldige Vorlegung der Denkschrift. Zur Angelegenheit des Duisburger-Ruhrorter Hafens geht aus der „Duisburger Volksstimme“ hervor, daß Stinnes und seine Gefellen die Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen stellen wollten.

Handelsminister Siering bestritt der Rechten gegenüber, daß zu viel Arbeiter im Verhältnis zu den Angestellten zu Handelsausschüßräten ernannt worden seien. Eher könnte von einer Zurückziehung der Arbeiter im Handel gesprochen werden.

Dann wurde die Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbssteuer in zweiter und dritter Lesung in der Ausschussfassung angenommen.

In der ersten Beratung eines Gesetzes, wodurch weitere 100 Millionen Mark zur Urbarmachung von staatlichen Mooren bereitgestellt werden, forderte ein sozialdemokratischer Antrag schleunigste Vorlegung eines Moorerschutzgesetzes.

Abg. Peters (Soz.): Wir brauchen heute nicht so gewaltige Mittel auszuwerfen, um die Ernährung zu bessern, wenn wir früher die Kriegsgefangenen dazu herangezogen hätten. Man sollte die Strafgefangenen in der freien Natur beschäftigen.

Der Antrag wird angenommen. Nach Ueberweisung des Moorculturgeetzes und anderer Vorlagen an Ausschüsse vertagte man sich auf heute 1 Uhr.

Wirtschaft

Schultheiß-Paghenhofer.

Der Zusammenschluß der Schultheiß-Paghenhofer-Bräuerei mit dem Spirituskonzern C. A. F. Kahlbaum und den Östwerken (Breslauer Spiritfabrik) zu einer Interessengemeinschaft erfolgte etwa vor einem Jahre. Der Geschäftsbericht der Schultheiß-Paghenhofer-Bräuerei, der jetzt vorliegt, geht auf die Ziele, die mit dem Zusammenschluß erreicht werden sollten, und auf die bisher getroffenen Maßnahmen ein und entwirft so ein Bild von der organisatorischen Tätigkeit dieses eigenartigen Großkonzerns, besonders soweit er das Brauunternehmen betrifft. Die Schultheiß-Paghenhofer-Br. steht in der Vertreibung des Bieres für den Abzug eine große Gefahr. Ihr zu steuern sollte die Interessengemeinschaft dienen. Im Geschäftsbericht heißt es darüber u. a.:

„Der Gedanke, auch in Zeiten unbedringlichen Geschäftsganges unseren Aktionären eine genügende Rente zu sichern, ließ es uns angebracht erscheinen, unser Unternehmen auf eine breitere Grundlage zu stellen und das Risiko auf mehrere Gesellschaften mit verschiedenem Charakter, wie Hefefabriken, Mälzereien, Produktengeschäfte usw. zu verteilen; diese sind aber in der Hauptsache unter dem Gesichtspunkte der industriellen Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder des Handels mit solchen und landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln zusammenzufassen

und zum Teil unter sich wie auch mit uns organisch verbunden. Bepreter gilt insbesondere von den Produktengeschäften der Östwerke, die zur Einkaufsstelle für einen Teil unserer Gersten- und Futtermittelbedarfes und zur Aufnahmestelle für unsere Brauereibehälter geworden sind. Eine engere Verbindung mit uns ist jeder schädliche Wettbewerb zwischen den zum Konzern der Östwerke gehörigen Brauereien und unserer großen Breslauer Brauerei für die Zukunft ausgeschlossen, so daß das schlesische Abgabebiet nach übereinstimmenden Gesichtspunkten bearbeitet werden kann. Infolge der neu getnüpften Verbindung zur C. A. F. Kahlbaum-Br. ist schließlich die Möglichkeit eines gemeinwirtschaftlichen Absatzes der Erzeugnisse und dadurch einer Verbilligung der Betriebskosten gegeben.

Der Gemeinschaftsvertrag sieht eine Zusammenlegung der Gewinne dieser Unternehmungen vor, die dann nach einem bestimmten Schlüssel verteilt werden. Daraus erzielte die Schultheiß-Paghenhofer-Br. einen Ausgleichsbetrag von 4 Millionen Mark, der einem besonderen Verwaltungskonto zugeführt wurde.

Es wurde nun ein einheitliches Zentralbureau eingerichtet, das das Abgabebiet Berlin neu eingeteilt, um eine bessere Ausnutzung des Fuhrparks zu erzielen. Mehrere Brauereien und eine große Zahl von Niederlagen wurden stillgelegt, um ein Gezeitenanderarbeiten zu vermeiden. Nach dem Bericht der Gesellschaft war sie bemüht, bei diesen Stilllegungen freigewordene Arbeitskräfte in den übrigen Betrieben unterzubringen, ein Teil der Arbeiter wurde jedoch gegen Abfindungen entlassen.

Im Gegensatz zu anderen Brauereigemeinschaften, die mit Rücksicht auf die steigenden Frachttarife ihre Produktion auf viele Einzelbrauereien dezentralisieren, verfolgt also Schultheiß-Paghenhofer die Politik, die Produktion in wenigen leistungsfähigen Brauereien zusammenzufassen. Sie begründet dieses Vorgehen folgendermaßen: Der Abzug unserer Niederlagen entspricht zum Teil dem einer kleinen Brauerei, einiger Niederlagen sogar dem einer mittleren Brauerei. Eigentliche Verwaltungskosten ersparen sie nur in ganz geringem Maße, während andererseits bei gleichen oder geringeren Betriebskosten die Herstellungskosten des in den Niederlagen abgesetzten Bieres, das ja in den Hauptbetrieben mit erzeugt wird, sich wesentlich billiger stellen, als wenn das Bier in einem kleinen Provinzbetriebe gebraut würde. Wenn der Radius des Absatzkreises nicht zu groß ist, wird es daher immer noch richtiger sein, eine Niederlage beizubehalten, als durch Schwächung der Produktion des Hauptbetriebes dessen allgemeine Unkosten zu vergrößern. Dazu kommt, daß die gleichmäßige Güte und der typische Charakter durch die Herstellung in unseren großen, zentralen Brauereien in weit höherem Maße gewährleistet wird, als durch den Erwerb zahlreicher, in unserem Abgabebiete gestreuter kleiner Brauereien mit ihren zumeist unvollkommenen und nur unter Aufwendung großer Kosten auszugestaltenden Betriebseinrichtungen.

Ueber den Geschäftsgang wird berichtet, daß er im letzten Jahre befriedigend gewesen ist und die Gewinnziffern bestätigen dieses Urteil. Es wird auf das inzwischen erhöhte Aktienkapital eine Dividende von 20 Prozent gegen 12 Prozent im Vorjahre aus einem verdoppelten Reingewinn ausgeschüttet. Das neue Geschäftsjahr brachte eine weitere Verteuerung der Rohstoffe. Daß die anhaltende Teuerung auch das Braugewerbe in Schwierigkeiten bringen kann, deutet der Geschäftsbericht an, indem er besagt, es bleibe abzuwarten, wie weit es gelingen wird, die Bierpreise auf einer für die Kaufkraft der Bevölkerung erträglichen Höhe zu halten. Im übrigen lautet der Bericht für dieses Jahr noch zuversichtlich.

Arbeiteraktien auch beim Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk. Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke A.-G. folgen dem von Krupp gegebenen Beispiel, indem sie bei einer jetzt vorgesehenen Kapitalerhöhung um 400 auf 550 Mill. Mark Arbeiteraktien schaffen wollen. Das Unternehmen ist ein gemischtwirtschaftlicher Betrieb, an dem eine große Zahl westdeutscher Gemeinden beteiligt ist und die Stimmenmehrheit hat 20 Millionen der neuer Aktien den Arbeitern zugeordnet, also noch nicht ein Zwanzigstel des Gesamtkapitals. Geht schon daraus hervor, daß der Einfluß der Arbeiter als Aktionäre auf das Werk gering bleiben soll, so vertritt diese Art der kapitalistischen Gewinnbeteiligung keineswegs den Forderungen der Sozialisierung, mit denen Stinnes, der auch Aufsichtsratsvorsitzender der RWE, ist, in Zusammenhang zu bringen sucht.

Der Stinnes-Konzern hat jetzt auch die Ostdeutschen Glas- und Emailierwerke in Küstrin in sein Interessengebiet einbezogen, die ihr Kapital von 8 Millionen um 5 1/2 Millionen neuer, an die U. G. Hugo Stinnes für Lieferhandlung in Hamburg abzugebender Aktien vermehrt. Ein Abkommen zwischen den beiden Unternehmungen stellt zwar nur eine lose Interessengemeinschaft her, doch werden die Vertreter des Stinnes-Konzerns durch Uebernahme von Aufsichtsratsposten in dem Emailierwerk einen weitgehenden Einfluß auf den Ausbau dieser Beziehungen haben.

Starkender Index in England. Die Lebenskosten in England betrugen am 1. März d. J. etwa 95 Proz. mehr als im Juli 1914. Sie gingen dagegen um 2 Proz. zurück gegen den Stand am 1. Februar d. J. Seit Dezember 1917 haben sie damit die niedrigste Ziffer erreicht.

Kukirol
besiegt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Krankheit Schwiele, Warzen
In Apotheken-Druggeries erhältlich

Etabl. Café Zielka Haltere Spiele, Friedrichstraße Ecke Leipziger Straße
Täglich 2 Vorstellungen, nachmittags 4 1/2, abends 7 1/2

M. SCHULMEISTER
KOTTBUSER TOR
Elegante fertige
Herren-Anzüge
M. 1875.-, M. 1905.-, M. 2150.-, M. 2295.-

Lin Purpur
überzeugt von den Vorzügen des Süßstoffs.
Er ist billig, praktisch und belohnend. Als
Süßgewürz ausgezeichnet.
Zum Güssen größerer Mengen Speisen nehme
man Kristall-Süßstoff, für einzelne Portionen
Süßstoff-Tabletten.
Erfolgreich in Kolonialwaren-, Drogen-
handlungen und Apotheken.

36 Straßengasse
In Alt-Berlin, nahe Prüfungsort, sind ab
1. März einzeln oder im ganzen zu vergeben.
Angebote mit Angabe des wünschenswerten
Bis 24. März an Magistrat Berlin, Tiefbau-
Inspektion, Stadthaus, Posenstraße 37B.

Photo-Kaufhaus
A. Grünberg
Berlin SO 33, Mariannen-Ufer
Mpl. 467B. A. G. Kopenhöfer Str.
Größtes Photo-Spezial-
geschäft des Südens
Fachmannsch. K. u. L. Berlin.
Sämtl. Goldgeschäfte in
Apparat-, Lattein-, Papier-,
Porzellan usw.
Verhandl. Täglich. Ankauf

Gardetobe
auf bequemste
Teilzahlung
bei billigster Preisberechnung
HERREN- DAMEN-
Anzüge, Anzüge, Kostüme,
schöner, Winter, Röcke, Kleider
Regenmäntel
BURSCHEN-ANZUG
Gute Ware! Große Auswahl!
M. Beiser, Lothringerstr. 67.

Unterzeichnete Genossenschaft ist in Liquidation getreten. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich zu melden. Gemeinnützige Siedlungs-Genossenschaft Selbsthilfe e. G. m. b. H. zu Friedrichshagen, 2011. Dr. Walter, Bernsdorf.

Polz-Haus
asuco
Leipziger Str. 58
Zahlungsvermittlung

Gefläßter, Patentbureau, Postfach, Centraldenkmal, 15, Zentrum 7600. 4042

Kleide Dich billig, elegant!

im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer

jetzt von 800,— M. an Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig!
Leihwaren: Kreuzfische 400, Zobelische 300, Blau-, Silberfische, Skunka, Wölfe,
Luchse, Sportpelze 1800, Gehepze 2000, Pelzmäntel 3800, Keine Lombardwaren.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Rigoletto
7 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Lumpazivagabundas
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theat.
7 1/2 Uhr: Cyrano von Bergerac
8 1/2 Uhr: Louis Ferdinand
9 1/2 Uhr: Cyrano v. Bergerac

Kammerspiele
3 Uhr: Der Vertrag von Nizza
Sonnt. 12 Uhr: Einzig Malines
Friedrich Holländer
Blindes Mädchen
7 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora
8 1/2 Uhr: Der Vertrag von Nizza

Gr. Schauspielh.
(Karlstr.)
7 1/2 Uhr: Orpheus in der Unterwelt
8 1/2 Uhr: Dantons Tod
9 1/2 Uhr: Orpheus in der Unterwelt

Theater I. d.
Königgrätz. Str.
Täglich 7.30 Uhr: Die wunderlichen Geschichten d. Kapellmeisters Kremler

Komödienhaus
Karusell
7.30 Uhr
mit Maria Orska
Joh. Riemann
Ralph Art. Roberts

Berliner Theat.
7.30
Eine von uns
Carl Ciewing, Oscar Sabo, Leonh. Haskel, Melitta Klefer

Residenz Theat.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Eine Frau
ohn. Bedeutung
Triesch, Arnstadt, Bertens, Korf, Sandrock, Schindler
Sonnt. 4 Uhr kleine Pr.: Casanovas Sohn

Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Carola Toelle in
Jaqueline
Sonntag 4: Der Dieb
Dienst. 21.3. z. 1. Male 7U.
Dr. M. Scholten-Möller.

Tranon-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Der Vulkan
Lustig v. Ludw. Földi
Eugen Burg, Olga Limburg, H. Junkermann,
Schneider-Nissen
Sonnt. 4 Uhr: Mein Freund Teddy

Russ.-Deutsch. Theater
Der blaue Vogel
Goltzstraße 9
Nollendorf 1613
Anfang 8 1/2 Uhr
Verstellung alleabendlich

Komische
7 1/4 Oper 7 1/4
Dir. Jam. Klein
Letzter Monat
Die große Revue
Der Herr der Welt
Max Landa
Bruno Kastner
Sacha Durr
Willy Hartzel
Frans Gross
Paul Westermeyer
Lotte Warkentin
Herta Richter
Erna Alberti

Apollo
8 U. Theater 8 U.
Dir. Jam. Klein
Sonntag nachm.
7 1/2 Uhr:
Der Venusberg
Jed. Erwachsene ein Kind frei!
Ermäßigte Preise!
Allabendlich
Naturalistisches Ballett
Der Venusberg
dargestellt von 30 Tänzern und Tänzern sowie Gastspiel
Paul Beckers
sowie eine Anzahl Varietè-Sensat.
Verkauf ununterbrochen!

WINTERGARTEN
Modenschau 1922
sowie der große Varietè-Spielplan!
Rauchen gestattet!

Theat. a. Kottb. Tor
Erl. Str. 10077
Eggl. 7 1/2 Uhr
Sic. nachm. 3 U.
10 Personen!
Mit 1. Komf!
An. abh. Preise
Mo. 11-14 u. 6-8

Etablissement
Zielke
Friedrich-Edw. Lagerstr. 27
Reitere Spiele
Täglich 2 Vorstell.
Schauzeit 4 1/2 u. abh. 7 1/2 u.
Groß. lust. Progr.

Ziehung 24. bis 30. März
Geld-Lotterie
4.444 Försorge-Vereins für Mädchen, Frauen u. Kinder. 600 000 Lose, 26 921 Gew. zusammen
Eine Million Mark
Hauptgewinne Mark
100 000
80 000
70 000
50 000
Lose zu 6 Mark — Porto u. Liste M. 3.50 extra — überall erhältlich.
10 Lose einmach. Porto und Liste M. 63.50
Die Ausgabe erfolgt durch das Bankhaus
A. Helling,
Berlin W 9, Lennestr. 4.

Möbel
noch zu billigen Preisen solange Vorrat reicht
Bar od. Teilzahlung
bei kleinster An- und Abzahlung
Bürgerliche Wohnungseinricht.
Wohnzimm., Schlafzimm., Speisenzimm., Herrenzimm., Bunte Küchen Einzelne Möbel
Liefere auch u. surw. Lagerung kostenlos.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 50
5 Min. v. Alexanderp.
Fil. Badstr. 47/48
5 Min. v. BfH. Gesunder.

Berein der Berliner Buchbinder und Schriftgießer
Mittwoch, den 22. März, nachm. 5 1/2 Uhr
Außerordentliche Generalversammlung
im kleinen Saale der „Neuen Welt“
Falenstraße 106-114
Tagesordnung:
Berichterstattung von der Tarifausschusssetzung.
In dieser Versammlung haben außer den Delegierten und den übrigen Teilnehmern nach § 4 des Statuts die Vertrauensleute und Bruder-vertreter Zutritt.
Der Gewerkschaftsrat.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83 85.
Geschäftst. von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telefon: Amt Berlin 833, 834, 835, 836.
Montag, den 20. März, nachmittags 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24, 25, Saal 9:
Versammlung
aller Metallarbeiter, die als Meister oder Vorarbeiter tätig sind.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Wir erlauben alle Kollegen und Vertrauensleute, dafür Sorge zu tragen, daß die Kollegen zeitlich erscheinen.
Gelb- und Weißmetall-Gärtler.
Montag, den 20. März, nachm. 4 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24, 25:
Allgem. Versammlung
sämtlicher Kollegen und Kolleginnen, welche unserer Branche angeschlossen sind.
Tagesordnung: 1. Wie können wir die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserer Branche einseitig erhalten? 2. Dieh. f. d. 3. Branchenanforderungen. 4. Verabschiedung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Der wichtigste Kopierordnung wegen ist zeitliches Erscheinen notwendig.
Die Ortsverwaltung.
115/1

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83 85.
Geschäftst. von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telefon: Amt Berlin 833, 834, 835, 836.
Montag, den 20. März, nachmittags 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24, 25, Saal 9:
Versammlung
aller Metallarbeiter, die als Meister oder Vorarbeiter tätig sind.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Wir erlauben alle Kollegen und Vertrauensleute, dafür Sorge zu tragen, daß die Kollegen zeitlich erscheinen.
Gelb- und Weißmetall-Gärtler.
Montag, den 20. März, nachm. 4 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24, 25:
Allgem. Versammlung
sämtlicher Kollegen und Kolleginnen, welche unserer Branche angeschlossen sind.
Tagesordnung: 1. Wie können wir die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserer Branche einseitig erhalten? 2. Dieh. f. d. 3. Branchenanforderungen. 4. Verabschiedung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Der wichtigste Kopierordnung wegen ist zeitliches Erscheinen notwendig.
Die Ortsverwaltung.
115/1

Theater d. Ostens
(Ross-Theater)
7 1/2 Uhr:
Sneewittchen
Für tot erklärt
Casino-Theater
Lehring. Str. 37 Tgl. 7 1/2 u.
Die neue Berliner Posse
Familie Gänselein
Vorher: Lachende Liebe
Ges. - Posse m. d. neuen
Schlager „Bummetrot“
5g 3 1/2 u. Nachttelegramm

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr:
Futurist. Karneval
Die Prinzessin v. Tragant im Gespensterschloß
Morg. 3 1/2 u. abends 7 1/2 u.
Futurist. Karneval
Die Prinzessin v. Tragant im Gespensterschloß
Reichshallen-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr u.
Sonnt. nachm. 3 U.
Stettiner Sänger
Nachm. halbe Pr.
Dobhoff-Brettel
Ant. 7 1/2 Uhr

Trabrennen Mariendorf
Sonntag, 19. März, nachmittags 1 1/2 Uhr:
8 Rennen
Gesamtpreis M. 189 000.—
Marmor-Waschtische
für Leitungsschlüssel
Bade-Einrichtungen + Friseurstühle
in großer Auswahl
P. Raddatz & Co
Lützow-Strasse 122-24

Quecksilber
kauft höchststrahlend
Heinrich Trapp, Beuthstr. 10
(Laden nahe Spittelmarkt)

Emser Pastillen
von Husten, Heiserkeit usw.
Inserate
im Vorwärts
sichern Erfolg!

Entbarung
Gesichtshaar und alle häßlichen Körperhaare vernichtend schmerzlos und radikal „Depilator“ garantiert unschädlich! 12,50, verstärkt 20.—, Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Anzüge, Kleider
Schlüpfer, Cutaways mit Mäntel, Kostüme, Röcke ges. für Herren | für Damen
Teilzahlung
GREBLER, Weinbergsweg 4
am Rosenhofer Platz.

Warnung für Brillantenbesitzer
Da wir nach dem Urteil des Publikums als eine — höchststrahlende Stelle — bezeichnet wurden, so können wir jedem Verkäufer von Brillanten (besonders Platin - Gold - Silber-sachen - Goldene Uhren - Ketten - Ringe usw. nur dringend raten, unsere sehr hohen Ankaufpreise zu hören. — Von den vielen Fällen einige Beispiele: Für einen uns vorgelegten Brillantenschmuck war das Höchstgebot in Berlin 270 000 M., wir boten 320 000 M. Für 1 Brillantring 130 000 M., wir boten 165 000 M. Für eine Brosche 8000 M., wir boten 12 000 M.
„Verlust erleiden Sie stets, wenn Sie nicht zu uns kommen!“
Berliner Juwelen-Verwertungsstelle
Laden: Lützowstraße 92, part.
Ein Haus v. d. Potsdamer Straße, neben der Konditorei.

Überall in Zigarrengeschäften erhältlich ist
der echte Kapitän-Kautabak
mit Zetteln (Rollen, Schließen, Stangen
Zweit Nr. 4. — Einzelverkauf). Verkaufsstellen durch
Carl Röder, Berl. Südendstr. 22 (RdG 1884)

Seeben erschienen
N. Lenin u. G. Snowjew
Gegen den Strom
Aufsätze aus den Jahren 1914-1916
Anfang: Namensregister | Verzeichnis
der Zeitschriften und Zeitungen | Kongresse und Konferenzen. 536 Seiten
Preis brosch. Mk. 60.—, geb. 80.—, (Org. brosch. Mk. 30.—, geb. 45.—)
(Der ab 1. Januar geltende Preisauflage ist eingerechnet.)
*
Zu beziehen durch:
Verlag Carl Hoym Nachf.
Louis Cahmbley, Hamburg
sowie sämtliche Buchhandlungen u. Organisationen der K. P. D.

Pickel, Sommersprossen,
Hautunreinigkeit usw. werden schmerzlos, unmerkbar für die Umgebung abgeschafft durch echte Vater-Philipp-Schäfer, danach kommt anmutige junge zarte Haut zum Vorschein: 12 M. v. Laboratorium, Dresden-Zschachwitz 146. Erhältlich bei der Elephantenapotheke, Leipziger Str. u. Drogerien Basillanstr. 2, Fehmarstraße 3, Reinickendorfer Str. 119, Charlottenstr. 76, Pankow, Pr. nestr. 6

Warnung für Brillantenbesitzer
Da wir nach dem Urteil des Publikums als eine — höchststrahlende Stelle — bezeichnet wurden, so können wir jedem Verkäufer von Brillanten (besonders Platin - Gold - Silber-sachen - Goldene Uhren - Ketten - Ringe usw. nur dringend raten, unsere sehr hohen Ankaufpreise zu hören. — Von den vielen Fällen einige Beispiele: Für einen uns vorgelegten Brillantenschmuck war das Höchstgebot in Berlin 270 000 M., wir boten 320 000 M. Für 1 Brillantring 130 000 M., wir boten 165 000 M. Für eine Brosche 8000 M., wir boten 12 000 M.
„Verlust erleiden Sie stets, wenn Sie nicht zu uns kommen!“
Berliner Juwelen-Verwertungsstelle
Laden: Lützowstraße 92, part.
Ein Haus v. d. Potsdamer Straße, neben der Konditorei.

Jedes Wort 2.00 M. Kleiner Anzeigen Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachm. in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verkäufe
Auf Teilzahlung:
Bretter, Holz, Eisen, Kupfer, Messing, Zinn, Bronze, Silber, Gold, Platin, Nickel, Chrom, Nickel, Kupfer, Eisen, Stahl, Holz, Stein, Glas, Porzellan, Keramik, Leder, Textilien, Bekleidung, Schuhe, Hüte, Handschuhe, Taschen, Koffer, Reiseutensilien, Spielzeug, Musikinstrumente, Gemälde, Kunstwerke, Antiquitäten, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Karten, Pläne, Fotografien, Filme, Tonplatten, Schallplatten, Grammophone, Radios, Fernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Herde, Öfen, Lampen, Uhren, Schmuck, Juwelen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen.

Verkaufe
Auf Teilzahlung:
Bretter, Holz, Eisen, Kupfer, Messing, Zinn, Bronze, Silber, Gold, Platin, Nickel, Chrom, Nickel, Kupfer, Eisen, Stahl, Holz, Stein, Glas, Porzellan, Keramik, Leder, Textilien, Bekleidung, Schuhe, Hüte, Handschuhe, Taschen, Koffer, Reiseutensilien, Spielzeug, Musikinstrumente, Gemälde, Kunstwerke, Antiquitäten, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Karten, Pläne, Fotografien, Filme, Tonplatten, Schallplatten, Grammophone, Radios, Fernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Herde, Öfen, Lampen, Uhren, Schmuck, Juwelen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen.

Verkaufe
Auf Teilzahlung:
Bretter, Holz, Eisen, Kupfer, Messing, Zinn, Bronze, Silber, Gold, Platin, Nickel, Chrom, Nickel, Kupfer, Eisen, Stahl, Holz, Stein, Glas, Porzellan, Keramik, Leder, Textilien, Bekleidung, Schuhe, Hüte, Handschuhe, Taschen, Koffer, Reiseutensilien, Spielzeug, Musikinstrumente, Gemälde, Kunstwerke, Antiquitäten, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Karten, Pläne, Fotografien, Filme, Tonplatten, Schallplatten, Grammophone, Radios, Fernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Herde, Öfen, Lampen, Uhren, Schmuck, Juwelen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen.

Verkaufe
Auf Teilzahlung:
Bretter, Holz, Eisen, Kupfer, Messing, Zinn, Bronze, Silber, Gold, Platin, Nickel, Chrom, Nickel, Kupfer, Eisen, Stahl, Holz, Stein, Glas, Porzellan, Keramik, Leder, Textilien, Bekleidung, Schuhe, Hüte, Handschuhe, Taschen, Koffer, Reiseutensilien, Spielzeug, Musikinstrumente, Gemälde, Kunstwerke, Antiquitäten, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Karten, Pläne, Fotografien, Filme, Tonplatten, Schallplatten, Grammophone, Radios, Fernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Herde, Öfen, Lampen, Uhren, Schmuck, Juwelen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen.

Verkaufe
Auf Teilzahlung:
Bretter, Holz, Eisen, Kupfer, Messing, Zinn, Bronze, Silber, Gold, Platin, Nickel, Chrom, Nickel, Kupfer, Eisen, Stahl, Holz, Stein, Glas, Porzellan, Keramik, Leder, Textilien, Bekleidung, Schuhe, Hüte, Handschuhe, Taschen, Koffer, Reiseutensilien, Spielzeug, Musikinstrumente, Gemälde, Kunstwerke, Antiquitäten, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Karten, Pläne, Fotografien, Filme, Tonplatten, Schallplatten, Grammophone, Radios, Fernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Herde, Öfen, Lampen, Uhren, Schmuck, Juwelen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen.

Verkaufe
Auf Teilzahlung:
Bretter, Holz, Eisen, Kupfer, Messing, Zinn, Bronze, Silber, Gold, Platin, Nickel, Chrom, Nickel, Kupfer, Eisen, Stahl, Holz, Stein, Glas, Porzellan, Keramik, Leder, Textilien, Bekleidung, Schuhe, Hüte, Handschuhe, Taschen, Koffer, Reiseutensilien, Spielzeug, Musikinstrumente, Gemälde, Kunstwerke, Antiquitäten, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Karten, Pläne, Fotografien, Filme, Tonplatten, Schallplatten, Grammophone, Radios, Fernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Herde, Öfen, Lampen, Uhren, Schmuck, Juwelen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen.

Verkaufe
Auf Teilzahlung:
Bretter, Holz, Eisen, Kupfer, Messing, Zinn, Bronze, Silber, Gold, Platin, Nickel, Chrom, Nickel, Kupfer, Eisen, Stahl, Holz, Stein, Glas, Porzellan, Keramik, Leder, Textilien, Bekleidung, Schuhe, Hüte, Handschuhe, Taschen, Koffer, Reiseutensilien, Spielzeug, Musikinstrumente, Gemälde, Kunstwerke, Antiquitäten, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Karten, Pläne, Fotografien, Filme, Tonplatten, Schallplatten, Grammophone, Radios, Fernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Herde, Öfen, Lampen, Uhren, Schmuck, Juwelen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen.

Verkaufe
Auf Teilzahlung:
Bretter, Holz, Eisen, Kupfer, Messing, Zinn, Bronze, Silber, Gold, Platin, Nickel, Chrom, Nickel, Kupfer, Eisen, Stahl, Holz, Stein, Glas, Porzellan, Keramik, Leder, Textilien, Bekleidung, Schuhe, Hüte, Handschuhe, Taschen, Koffer, Reiseutensilien, Spielzeug, Musikinstrumente, Gemälde, Kunstwerke, Antiquitäten, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Karten, Pläne, Fotografien, Filme, Tonplatten, Schallplatten, Grammophone, Radios, Fernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Herde, Öfen, Lampen, Uhren, Schmuck, Juwelen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen.

Verkaufe
Auf Teilzahlung:
Bretter, Holz, Eisen, Kupfer, Messing, Zinn, Bronze, Silber, Gold, Platin, Nickel, Chrom, Nickel, Kupfer, Eisen, Stahl, Holz, Stein, Glas, Porzellan, Keramik, Leder, Textilien, Bekleidung, Schuhe, Hüte, Handschuhe, Taschen, Koffer, Reiseutensilien, Spielzeug, Musikinstrumente, Gemälde, Kunstwerke, Antiquitäten, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Karten, Pläne, Fotografien, Filme, Tonplatten, Schallplatten, Grammophone, Radios, Fernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Herde, Öfen, Lampen, Uhren, Schmuck, Juwelen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen.

Verkaufe
Auf Teilzahlung:
Bretter, Holz, Eisen, Kupfer, Messing, Zinn, Bronze, Silber, Gold, Platin, Nickel, Chrom, Nickel, Kupfer, Eisen, Stahl, Holz, Stein, Glas, Porzellan, Keramik, Leder, Textilien, Bekleidung, Schuhe, Hüte, Handschuhe, Taschen, Koffer, Reiseutensilien, Spielzeug, Musikinstrumente, Gemälde, Kunstwerke, Antiquitäten, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Karten, Pläne, Fotografien, Filme, Tonplatten, Schallplatten, Grammophone, Radios, Fernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Herde, Öfen, Lampen, Uhren, Schmuck, Juwelen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen, Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte, Prothesen, Zahnprothesen.